

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 48, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pf.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 48
Zürichstr. 20.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsseitige Zeitspaltene Zeitspaltene oder deren Raum 25 Pf., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pf., ansonstige Anzeigen 30 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 97.

Donnerstag, den 26. April 1917.

24. Jahrg.

Die sozialistische Aktion für den Frieden.

Von Jean Jaures.

Jean Jaures hat den folgenden Artikel über die „Sozialistische Aktion für den Frieden“ zwischen dem 2. und 3. Juli 1914 verfaßt. Durch eine Reihe von Zufälligkeiten wurde er zu seinen Lebzeiten nicht veröffentlicht. Er war für eine südamerikanische Revue bestimmt, die, bevor der Artikel eintraf, ihr Erscheinen einstellen mußte. Unter den nachgelassenen Papieren von Jaures fand sich das ihm von der Post zurückvermittelte Manuskript, das in der „Humanité“ vom 1. Oktober 1914 zum erstenmal veröffentlicht wurde. Wir geben aus dem Artikel den im Augenblick bedeutendsten Abschnitt über die Organisation des Friedens wieder. Die Redaktion.

Ebenso wie der militärischen Organisation bietet die sozialistische Partei der diplomatischen Führung einen bestimmten Plan dar, eine Organisation des Friedens, wenn ich so sagen kann. Die Beteuerung des Willens zum Frieden wäre zwecklos, wenn man nicht wüßte, auf welchen Grundlagen dieser Friede ruhen soll. Von internationalen Schiedsgerichten bei allen Konflikten zu sprechen wäre eitel, wenn man nicht wüßte, von welchen Rechtsgrundlagen sich die Schiedsrichter leiten lassen sollen. Das würde den Zufall und die Willkür der Entscheidungen bedeuten; das heißt also eine andere Form von Vergewaltigung und die höchsten Formen der Gewalt würden alsbald aus diesem Rechtswirrwarr neu entstehen. In dem Urteil, das sie über die Ereignisse fällen, in der Haltung, die sie anraten, sind die Sozialisten von einem dreieinigen Gedanken erfüllt. Vor allem wollen sie, daß die Volksteile, welche die Gewalt der Eroberung erduldet haben, Freiheitsbürgerrechte und die Selbstverwaltung erhalten, die ihnen gestatten würden, sich ihrem eigenen Wesen gemäß zu entwickeln, zu denken und zu handeln, ohne daß es notwendig wäre, die durch Gewalt geschaffenen Rahmen durch Gewalt zu sprengen oder zu ändern. Sie sind nicht der Meinung, daß durch den Lauf der Jahre, mögen es noch so viele sein, das Recht der Völker erlöschen könne; aber sie denken, daß sich die Mittel, dieses Recht zu fordern und zu verwirklichen, mit den Bedingungen der Zivilisation und dem politischen Zustand der Welt ändern können. Die Demokratie ist eine große neue Kraft, die selbst den großen nationalen Fragen neue Lösungen weift. Gewiß, die unterdrückten, enteigneten, durch das aristokratische England ausgehungerten Völker haben mehr als einmal zur Gewalt gegriffen; sie haben die „Attentate“ vervielfacht; aber endlich hat Irland — je mehr die englische Demokratie wächst — es nicht mehr nötig, um der Befreiung willen in jenem nationalen Aufstand Zuflucht zu suchen und sich in einem politisch gesonderten Staate zu konstituieren. Um die Homerule zu erlangen, hat es Irland genügt, eine fortgesetzte Aktion im englischen Parlament zu üben. Die Demokratie möge sich in Rußland entwickeln, und die finnländische Freiheit wird wieder hergestellt sein; dann wird Finnland seine volle Selbstverwaltung in der großen, gemeinsamen Freiheit wiederfindend, sich nichts Besseres wünschen, als dem gewaltigen Leben des russischen Volkes angegliedert zu bleiben, das dann ein freies Volk geworden sein wird. Die Demokratie möge sich in Deutschland und Oesterreich-Ungarn vollends durchsetzen: die polnische Frage, die schleswig-holsteinische und die elbisch-lottringische Frage, die Frage von Bosnien-Herzegowina und Kroatien sind gelöst, ohne daß die Völker gegeneinander geschleudert wurden, ohne daß an das Schwert appelliert worden wäre. Die Richtung der sozialistischen Triebkräfte in der ganzen Welt ist völlig eindeutig. Man darf es mit Sicherheit aussprechen, daß in ihr die Lösung von schweren Problemen liegt, die auf Europa lasten, und daß sie nur in ihr liegt. Die „nationalistischen“, die chauvinistischsten Franzosen erkennen dies an; denn sie verkünden, daß sie keinesfalls aus eigenem Antrieb Krieg führen wollen, daß sie keinerlei „Revanche“ in Erwägung ziehen und daß sie, einzig und allein vom Gedanken an die Verteidigung getragen, das Gesetz von der dreijährigen Dienstzeit gefordert haben. Allein, wenn es nur von ihnen abhängt, wenn Deutschland keinen Ueberfall ins Werk setzt, werden die Jahre vergehen, Geschlechter und Jahrhunderte werden vorüberziehen, ohne daß die elbisch-lottringische Frage gestellt würde. Das wäre also der Verzicht für immer, wenn es keine andere Lösung als die der Gewalt gäbe. Der Fortschritt der Demokratie und des Sozialismus öffnet allein einen Ausweg.

Unser zweiter Grundsatz, unsere zweite Regel lehrt, Europa könne und solle in seiner wirtschaftlichen Ausbreitung über die Erde forsfahren, ohne die Unabhängigkeit der Staaten anzutasten, ohne ihre Bevölkerung zu vergewaltigen. Die Klugheit gebietet dies und die Billigkeit. Die Türkei teilen, das heißt, nicht bloß ein Attentat begehen; das heißt im ganzen Gebiet Kleasiens die unerbittliche Nebenbuhlerschaft der europäischen Regierungen ins Spiel bringen. China zu zerstückeln oder dies zu versuchen, bedeutet nicht allein ein Verbrechen begehen, die Bildung eines großen Sozialismus aufhalten, der sich den Bedingungen des modernen Lebens anzupassen versucht; es bedeutet, die Her-

beziehung eines ungeheuerlichen Zusammenstoßes der verschiedensten Völkergelüste Europas. Ohne Zweifel ist das Zerstückeln, die Eroberung und das Anechten für die ungeduldigen Mägen der anscheinend bequemste Vorgang. Es ist aber scheint wenigstens beschwerlicher, sich zu einer langen und langsamen wirtschaftlichen Durchdringung zu bequemen und Handelsbeziehungen mit allen Völkern zu entwickeln, ohne sie zu unterdrücken, ohne sie anzugreifen. Aber wenn dieses Streben schwieriger ist, so steht es auch höher und es ist fruchtbarer. Vielleicht wird sich die Klugheit hier auf die Seite der Gerechtigkeit stellen. Nach mehr als einem Zeichen zu schließen, scheint es, daß die nach Größenwachstum gierigsten Regierungen vor einer allzu umfassenden Ausdehnung ihres Machtbereiches erschrecken. Seine Herrschaft in der ganzen Welt ausbreiten, sich Gebiete aneignen, Protektorate errichten, Einflusssphären von einer so unbedingten Abgeschlossenheit festsetzen, daß sie einer kriegerischen Weltvergrößerung gleichen — das bedeutet für ein Volk, seine perwundbaren Stellen vervielfachen.

Das Beste wäre es; und darin gipfelt die dritte vom Sozialismus vorgeschlagene Regel, ein Uebereinkommen der Völker Europas zu erzielen in der Vereinigung der Industrie, Handels- und Finanzkräfte zur vortheilhafteren Bewirtschaftung der Erde. Kein ausschließendes Protektorat, kein Monopol, sondern eine Verbindung, in der jede nationale Gruppe Einfluß hat, ihrer wirklichen Leistung, der Summe von Kapital, der Summe von Arbeit entsprechend, die sie an das Unternehmen zu wenden entschlossen ist. Schwierigkeiten werden sich in der einen oder anderen Einzelheit bei der Anwendung dieser Regel ergeben können, aber eben hier wird das Schiedsgericht, von einem Grundsatz geleitet, eingreifen. Und im ganzen wird es leicht sein,

alle Ansprüche zu versöhnen und allen ehrten und ernsthaften Produktionskräften freies Spiel zu gewähren. Ebenso wie der Demokratie eignet dem Kapitalismus eine Geschmeidigkeit in den Ausnutzungsmitteln, eine biegsame Anpassungsfähigkeit, welche die Lösung von gar vielen Fragen möglich und sogar leicht machen. Hochmut und Unwissenheit entzweiten im Grunde die Völker weit öfter als ihr Eigennutz. Auf der bestimmten Grundlage der Rechtlichkeit können sich die Interessen einander anpassen, und es gibt eine natürliche Grenze der Ansprüche, da es eine Grenze für deren tatsächliche Bedeutung gibt. Im Gegenteil: Machtgier ist unerträglich, und das sozialistische Streben geht dahin, sie aus den menschlichen Angelegenheiten auszuschalten.

Aus alledem erhellt man, wie unjännig die Behauptung ist, der Sozialismus sei eine rein kritische und vernünftige Kraft. In den Fragen aller Art schafft er gleichzeitig kritisches und schöpferisches Werk. Taten der Opposition und Taten der Organisation. Und darin liegt zweifellos der entscheidende Grund seiner Fortschritte. Er wird sich immer mehr als die richtige Lösung erweisen oder, wenn man es lieber anders sagen will, als das einzige System von Lösungen.

Aber ein großes, leuchtendes Ideal muß weisend und Leidenschaft weckend diese Triebkräfte über die vorübergehenden Schwierigkeiten hinwegtragen. Eins vor allem gibt in der ganzen Welt dem Sozialismus seine Kraft: sein Marsch ist durch ein Ideal geleitet und befeuert. Er ist befeuert, immer mehr und mehr der lebendige Mittelpunkt der Demokratie zu werden, deren sittlicher Einfluß auf Europa dadurch befestigt werden wird zum Heile des Friedens.

Die Riesenschlacht im Westen.

Während im Osten der erste Strahl des kommenden Friedens über relativ stillen Fronten glänzt, während der österröschische Heeresbericht seit Tagen schon die glücklichen Sätze „Auf allen Kriegsschauplätzen nichts von Belang“ verzeichnen kann, während die Sozialdemokratie im Reichstage drängt, aus diesen veränderten Verhältnissen diplomatische Folgerungen zu ziehen, wird im Westen auf dem neuen Riesenschlachtenfeld angedeutet, das Hunderttausende niederstürzen läßt und den Atem der Angehörigen dahem ins Stocken bringt, indes der deutsche U-Boot-Krieg uns gar noch einen neuen Feind, das Königreich Spanien, zuführen in den Begriff steht. Es scheint sich herauszustellen, daß das neue Ministerium Prieto härter als Romanones die Sympathie für Frankreich zum Ausdruck bringt und nicht ganz abgeneigt ist, die Verletzungen spanischer Schiffe mit Gewalt zu beantworten. Hoffentlich gelingt es der deutschen Regierung, diesen neuen Reiz von uns fernzuhalten.

So wichtig diese spanische Verwicklung auch erscheint, heute wird sie überdient von dem Schlachtenlärm und Kanonendonner der Riesenschlacht des Westens. Auch wir fühlen die Genugtuung, daß es den unjagbar tapferen Brüdern draußen gelang, den Angriff zu brechen, der unser Land verwüsten und unser Glend verzehnfachen sollte, aber ebenso mächtig klingt in uns das Leid und die Verzweiflung über das viele vergossene Blut, über die Kinder, die dort ihren Vater, über die Mütter und Frauen, die dort Sohn und Gatten verlieren. Soll denn des furchterlichen Werdens gar kein Ende werden?

Zu dem gestrigen Heeresbericht werden noch folgende Erläuterungen gegeben:

Auch am 24. April machten die Engländer die verzweiflichsten Anstrengungen, das Schicksal der Schlacht bei Arras zu ihren Gunsten zu wenden und ihre schwere Niederlage vom 23. April auszugleichen. Wie am vorigen Tage zerschellten auch diesmal wieder die mit äußerster Hartnäckigkeit vorgegangenen englischen Massenangriffe blutig an der unerschütterlichen Mauer der deutschen untrennbaren tapferen Verteidiger. Ohne den Engländern irgend einen Erfolg zu bringen, verdoppelte der 24. April die englischen Verluste. Nach Berichten des Kampfruppen wurden ganze Sturmreihen Engländer von dem sicheren Maschinengewehrfeuer einfach umgelegt. Andere englische Sturmhaufen gerieten in das deutsche Vernichtungsgewehr der Haupten und Feldgeschütze und wurden völlig zermalmt. Vielerorts liegen zertrümmerte englische Panzerwagen, von Gefallenen umgeben, die hinter den zerhimmerten Tanks Schutz suchten. Besonders heftig war der Kampf bei der Straße Arras—Cambrai liegen die englischen Gefallenen in furchtbaren Barrieren.

24. April, vormittags: Der Brennpunkt der Kämpfe nördlich der Scarpe war, wie schon am gestrigen Nachmittage, das an der Straße Arras—Douai liegende kleine Dorf Gavrelle, um das erbittert hin- und herwogende Kämpfe tobten. Die Schutzhütte des Dorfes wird von unseren Truppen eng umklammert und liegt unter starkem deutschem Feuer. Südlich Gavrelle ist die ganze Front sonst in unserer Hand. An der übrigen Front des nördlichen Angriffsfüßels fanden vormittags hef-

tigere Kämpfe statt. Die Engländer mußten infolge der hohen blutigen Verluste am vorhergehenden Nachmittage eine Atempause eintreten lassen, während eine deutliche starke Panzertruppe westlich Sulluch bis zum dritten englischen Graben vorstoßen konnte. Auch südlich der Scarpe vermochten die verbliebenen englischen Divisionen, deren wieder und wieder am Vortage frisch herangeführte Reservisten im deutschen Feuer rasch dahingeschmolzen waren, sich zu starkem Angriff nicht aufzuraffen.

Bei der gestern gemeldeten Wiedereroberung des Bahnhofes von Rouer wurden eine Anzahl Gefangene, darunter Offiziere, sowie mehrere Maschinengewehre eingebracht.

24. April, nachmittags und abends: Auf dem nördlichen Angriffsfüßel schwall mit dem sinkenden Tage das bis dahin lebhafteste Artilleriefeuer wieder zu bedeutender Stärke an; besonders auf der Linie westlich Lens—Avion—Oppy. Es wüthete die ganze Nacht hindurch mit großer Gewalt. Ostlich Bailleul aufstehende englische Batterien wurden zusammengeschossen. Nachhermalender deutscher Artilleriewirkung drangen unsere Truppen am Nachmittage wieder in den Ort Gavrelle ein. Südlich der Scarpe wüthete nachmittags äußerst heftiger Feuerkampf. Nachmittags Artillerievorbereitung setzte der Engländer nachmittags 5 Uhr beiderseits der Straße Arras—Cambrai auf dem 5 Kilometer breiten Frontabschnitt Monty—Cherisy zu erneuten Angriffen von größter Gewalt an. Die tief gestaffelten Angriffswellen brachen in der Mitte der Angriffsfront und unter schwersten blutigen Verlusten im Feuer zusammen. Auf beiden Flügeln erbitterten heftige Kämpfe, die zu erbitterten, von beiden Seiten mit großer Hutz durchgeführten Nahkämpfen führten. Das feindliche Artilleriefeuer zog sich weiter nach Süden in die Gegend von Queant. Unsere Flieger meldeten noch am späten Nachmittage den Anzug neuer englischer Reservisten, die die unerhörten blutigen Verluste der zerstörten englischen Divisionen auffüllen sollten.

25. April, morgens: Starkes Feuer die ganze Nacht hindurch auf dem Nordflügel. Um Gavrelle wurde die Nacht hindurch und auch morgens noch erbittert gerungen. Südlich der Scarpe tobte die ganze Nacht heftiger Artilleriekampf. Seit 4 Uhr morgens sind erneute Kämpfe im Gange. Das feindliche Feuer liegt seit dem Abendstunden mit besonderer Stärke auf dem Abschnitt Bullecourt bis südlich Bijn—Artois.

Die heftigsten Kämpfe endigten mit einem Mißerfolg der Engländer. Der gestrige deutsche Abendbericht meldet:

25. April, abends. (Mittlich.)

Bei Arras griffen die Engländer nur auf dem Südflügel der Scarpe nördlich Monty dreimal an. Dreimal sind sie dort verlustreich zurückgeschlagen worden. An der Aisne- und Champagne-Front ist die Lage unverändert. Vom Osten nichts Neues.

Ueber die weiteren Kämpfe am Dienstag werden folgende Einzelheiten berichtet:

Ein am frühen Morgen vorgetragener englischer Angriff 20 Kilometer nordwestlich St. Quentin, gegen die Vorposten Beaucamp—Billers—Blourch wurde mit schweren Verlusten für den Feind abgelehnt. Nach erneuter heftiger Artilleriekämpfe...

Verteilung überlegen mit dem Gegner diese beiden Orte. Im Vorfeld südlich Wendville gelang es uns, unsere Posten-Linien wieder zu besetzen und Gefangene einzubringen. Desgleichen besetzten wir im Verlaufe weiterer lebhafter Vorfeldkämpfe die Meconions-Ferme und Maison-Rouge, östlich Le Vergenter. Bei uns südlich St. Quentin war das Artilleriefeld weniger lebhaft. Rangs der Dje nahm die Artillerietätigkeit zu.

In der Aisne ließ das starke Artilleriefeld an einzelnen Stellen vorübergehend nach, während es sich in der Champagne teilweise verstärkte. Abends schwoll es auf der ganzen Front wieder an und hielt auch nachts über an. In einzelnen Stellen vorrückende Patrouillen wurden abgewiesen.

Bei Brimont wurden nach starker Artillerievorbereitung zwei größere feindliche Patrouillen vorstöße abgewiesen. Desgleichen schickte ein feindlicher Teilvorstoß südwestlich Waudessoncourt. Südlich Waudessoncourt und südlich Eprenant drangen unsere Stoßtrupps in die feindliche Stellung ein und kehrten mit mehreren Gefangenen zurück.

Die Gegner gaben über die heißen Schlachten folgende Berichte:

Fransösischer Heeresbericht vom 21. April, nachmittags: In der Gegend der Dje nahm unsere Artillerie feindliche Batterien unter Feuer und bekämpfte sie wirksam. Unsere sehr tätigen Patrouillen brachten Gefangene ein. Zwei deutsche Erkundungsabteilungen, die sich unseren Linien in der Richtung Zancourt zu nähern versuchten, wurden mit starken Verlusten zurückgeschlagen. Heftiger Artilleriekampf in der Gegend von Surtelise, des Tales von Youlon und bei Craonne. Einzelkämpfe ermöglichten uns Fortschritte zu machen und unsere Stellungen auf der Hochfläche am Chemin-des-Dames und in der Richtung Juvincourt zu verbessern, wo wir einen deutschen Posten aufhoben. Nordöstlich von Reims brachten wir zwei deutsche Handstreichtruppen Scherzern, die uns einige Gefangene einbrachten. In der Champagne Handgranatenkämpfe, in deren Verlauf wir ebenfalls Gefangene machten. Wir besetzten erfolgreich feindliche Verkehrsstraßen. Bei Epargues drang eine unserer Erkundungsabteilungen in die deutschen Linien und brachte Gefangene ein, nachdem sie mehrere Batterien vernichtet hatte. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Abends: Der Tag war besonders durch Artillerieunternehmungen an der ganzen Front gekennzeichnet. Wir schickten unser Feuerunterstützung auf die feindlichen Batterien und Einrichtungen in der Gegend von St. Quentin, der Dje, Cerbony, Juvincourt und in der Champagne fort. Bei einer Anzahl von Batterien wurden Explosionen festgestellt. Wir brachten vier deutsche 10,5-Zentimeter-Gaubiken ein, die wir im Laufe der letzten Kämpfe am Chemin-des-Dames erbeuteten und die noch nicht in den irrtümlich angegebenen Zahlen einbezogen sind. Bei Marovillers drangen unsere leichten Abteilungen nach kurzer Artillerievorbereitung in die deutschen Gräben ein und fanden sie mit Leuten gefüllt. Auf der übrigen Front nichts von Bedeutung.

Belgischer Bericht: Die Artillerietätigkeit war im Laufe des Morgens an der belgischen Front stark.

Englischer Bericht vom 21. April, nachmittags: Heftig dauernd harter Kampf am Abend und mit Unterbrechungen auch nachts an der ganzen Front von Croiselle bis nördlich von Guedre. Der Feind wiederholte seine erfolglosen Gegenangriffe beharrlich mit großer Entschlossenheit ohne Rücksicht auf Verluste; wir hielten die gestern genommenen Stellungen. Weitere Fortschritte wurden östlich von Ronch le Breux und in der Nachbarschaft von Reour gemacht. Ein besonders heftiger Gegenangriff des Feindes auf das Dorf Guedre wurde erfolgreich zurückgeschlagen; die Zahl der Gefangenen übersteigt bereits 1500 einschließlich 25 Offiziere. Südlich der Straße Sapaume-Cambrai gewannen wir in der Nacht an der breiten Front östlich von Guehy Gelände und erreichten den St. Quentin-Kanal in der Nachbarschaft von Bondhuille. Weiter nördlich nahmen wir die Dörfer Dillers, Plouich, Beaucamp nicht Gefangenen.

Zweiter englischer Bericht vom 21. April: Der Kampf hat heute weniger heftig, aber immer noch beträchtlich. Wir machten weitere Fortschritte zwischen dem Sensoy-Buch und Ronch. Über 2000 Gefangene wurden bereits hinter die Front geschickt, andere werden eingebracht.

Etwas anders als die amtlichen englischen Berichte, die größtenteils nur Erfolge melden, bringt folgender Bericht des englischen Kriegsentsprechenden Gibbs aus dem englischen Hauptquartier in Frankreich:

In Dien von Arras wird seit Montag früh immer härter und härter von beiden Seiten gekämpft und die Feinde leisten härtesten Widerstand als bei Beginn der Kämpfe auf dieser Front. Angriff und Gegenangriff folgen einander. Der Feind ist offenbar sehr entschlossen, den Zugang zum nördlichen Teil der Hindenburg-Linie zu verteidigen. Geiern wurden neue Kräfte herangeführt. Unter Deckung des Artilleriefeldes stürzten in der Nähe von Wigny ein Artillerie-Truppenmassen heran, die heftige und hartnäckige Gegenangriffe ausführten. Es gelang ihnen, unsere Truppen hier und da zurückzuwerfen und Gelände zurückzugewinnen. Das dort liegende Dorf Guemappe war einer der Mittelpunkt unserer Sturmangriffe. Es wurde morgens früh durch schottische Truppen gewonnen, ging aber im Laufe des Tages wieder verloren. Das Dorf Ronch ist jetzt der Schauplatz der heftigsten Kämpfe. Geiern und heute hat es die deutsche Artillerie zum Ziel genommen und es mit einem Regen von Explosivstoffen überhäufte. Gegenüber dem Dorfe liegen zwei Wälder auf der Höhe, die das Dorf beherrschen. Von hier aus unterhalten der Feind seinen Gegenangriff. Gestern morgen 10 Uhr brachen diese Abteilungen im Sturm aus den Wäldern hervor und es gelang ihnen, unsere erste Linie zurückzubringen. Schottische Truppen stürzten einen Angriff auf Guemappe aus, ihre Linien traten vor und wieder zurück. Einer Augenblick wagen sie, um dem Feind zu entgegen; aber nachdem sie ihre Glieder neu geordnet, gingen sie wieder vor. Als sie zum erstenmal in Guemappe eintraten, bemerkten sie, daß die Keller und Unterhöhlen durch unsere Bomben zerstört worden waren. Aber sie fanden keine Verwundeten, da diese der Feind mitgenommen hatte. Mit Rücksicht auf ihre angeblichen Pläne wagen die Schotten sich zurückzuziehen.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die Kriegslage.
22. April, (Amst.)
Die Lage ist überall unübersichtlich.

Frankreich und Belgien.

Janus neuer Generalgouverneur von Belgien
Der neue Generalgouverneur von Belgien, Janus, ist am 22. April in Brüssel eingetroffen. Er wird die Regierung des Landes übernehmen.

Rußland.

Wünsche der russischen Arbeiter.

In einer in Helsingfors stattgefundenen Versammlung, an der Vertreter aller Arbeiterorganisationen Simulands teilnahmen, wurde folgender Beschluß gefaßt:

1. Die Regierung soll dem Landtage sofort einen vorläufigen Gelehtentwurf unterbreiten, wonach Herstellung, Verkauf und Verbrauch alkoholischer Getränke verboten werden.
2. Der Senat wird aufgefordert, alle Lebensmittel des Landes unverzüglich zu beschlagnahmen und direkt an die Verbraucher zu verkaufen. Diese energische Maßnahme ist unbedingt notwendig als das einzige Mittel, dem Lebensmittelmangel, der bereits akut zu werden beginnt, entgegenzutreten zu können.

Die Kriegsziele der neuen Regierung.

Wie „Njetich“ erzählt, soll demnächst eine neue Veröffentlichung über die Kriegsziele stattfinden. Man erwartet auch, daß die neue Regierung dem Drucke der Arbeiter folgend, dann in irgendeiner Form zu dem Friedensangebot der Zentralmächte Stellung nehmen wird.

Gott sei Dank!

Russische Blätter melden, daß sich der Zar vollständig mit seinem Schicksal ausgehört habe. Er soll die Überzeugung haben, daß man ihm nichts Böses antun wolle.

Die Selbsthilfe der russischen Bauern.

Die „Daily News“ berichtet aus Petersburg: Wie zu erwarten, hat die Revolution auf dem flachen Lande die agrarische Streitfrage neu belebt. Trotz der neuen Lebensmittelausschüsse, die den Bauern klar machen, daß die Landfrage nicht geregelt werden kann, bevor die konstituierende Versammlung zusammentritt, beschloß die Bauernvereinigung, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Die Bauern haben die Wälder der größten Grundbesitzer im Gouvernement Lankow niedergehauen. Sie umzingelten die Gutshäuser und zwangen die Gutsbesitzer, Schriftstücke zu unterzeichnen, durch die sie das Land an die Bauern abtraten. In Scherabien plünderten die Bauern Güter. Man befürchtet, daß durch solche und andere Vorfälle die Ernte ernsthaft beeinträchtigt wird.

Herr Miljutow dementiert.

Die Petersburgische Telegraphenagentur meldet: Die skandinavische Presse veröffentlicht, anscheinend aus deutscher Quelle, die Nachricht über angebliche, zwischen Rußland und England eingeleitete Unterhandlungen, wonach ganz Ostland, Estland und die Inseln Ragoe und Oesel, sowie ein Teil der Alandsinseln als Garantie für die neue Anleihe dienen sollen. Der Minister des Äußern weist auf das Bestimmteste die Richtigkeit der Nachricht in Abrede und bezeichnet sie als höfwillige Erfindung.

England.

Englische Ehrung gefallener deutscher Seeleute.

Die deutschen Seeleute, die in dem Gefecht im Kanal gefallen sind, wurden mit militärischen Ehren bekränzt. Der einzige Kranz stammte vom Vizeadmiral der Schiffsfahrpatrouille von Dover und trug die Aufschrift: Ehre den tapferen Feinden.

Der Seetrieg.

Deutscher Angriff auf Festung und Keede von Dänkirchen.

22. April, (Amst.) Torpedoboot des Marinekorps, unter Befehl des Kapitänleutnants Ufmann, griffen in der Nacht vom 24. zum 25. April Festung und Keede von Dänkirchen an. Auf 3000 Meter Entfernung wurden 350 Sprenggranaten gegen die Hafenanlagen gefeuert, welche durch Leuchtgeschosse erhellt wurden. Die Erwiderung des Feindes durch die feindlichen Batterien blieb wirkungslos. Nach der Beschießung wurde das Fahrwasser nach feindlichen Bewachungsposten abgesehen. Hierbei kam es zu einem kurzen Gefecht mit zwei anscheinend französischen Torpedobooten, von denen eines durch Torpedostreifer zerstört wurde. Ein gleich darauf angegriffenes anderes Torpedoboot wurde durch Artillerie vernichtet. Versuche, die Überlebenden der beiden versenkten feindlichen Fahrzeuge zu retten, mußten aufgegeben werden, da von Land festiges Geschützfeuer einwirkte. Alle eigenen Boote sind ohne Beschädigung oder Verluste zurückgekehrt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der Hilfskreuzer „Secadler“.

Aus den über die fortwährende erfolgreiche Tätigkeit des Hilfskreuzers „Secadler“ nach Paris gelangten Meldungen, die auf Anzeigen einiger Gezeitteter beruhen, geht hervor, daß der Kreuzer an einem Tage acht Entente-Schiffe in den Grund gehöhrt hat.

Ein norwegisches Boot von einem Marinelaufschiff angebracht.

22. April, (Amst.) Am 23. April nachmittags, hat eines unserer Marinelaufschiffe in der Nordsee die norwegische Bark „Kapel“, 628 Tonnentonnage, mit Gendarmen nach Westhertspool unterwegs, angebracht und durch ein an Bord gesetztes Feindkommando nach einem deutschen Hafen einbringen lassen.

Englische Neutralitätsverletzung.

Nach einer Meldung an die norwegischen Marinebehörden wurde der deutsche Dampfer „Beka“ am 22. April in den norwegischen Hoheitsgewässern von einem englischen bewaffneten Jagddampfer beschossen. Am demselben Tage wurde der deutsche Dampfer „Klara Blumfeld“ bis zum Land-Hafen von zwei englischen bewaffneten Jagddampfern beschossen. Die norwegische Regierung gab telegraphisch der Seefahrt in London Auftrag, gegen die Verletzung der norwegischen Hoheitsgewässer bestimmten Einmarsch zu verhindern.

Deutsches Entgegenkommen.

Wie wir von ausländischer Stelle erfahren, hat die deutsche Regierung auf das Ansuchen der neutralen Staaten, die nach Schiffe in englischen Häfen liegen haben, die bisher wegen der deutschen Seegebietsperre nicht ausfahren konnten, ihnen das Angebot gemacht, diese Schiffe am 1. Mai auslaufen zu lassen und ihnen für diesen Fall, abgesehen von der Wintergefahr, sicheres Passieren des Sperrgebietes zuzugestehen, wenn sie bestimmte Zeichen führen und bestimmte Wege einhalten. Diese Schiffe sind dazu bestimmt, die Neutralen mit Lebensmitteln zu versorgen. Es bleibt abzuwarten, ob die englische Regierung, die bei Erlass der deutschen Sperrklärung die Ausfahrt neutraler Schiffe binnen der gewährten Frist verhinderte, die Schiffe nunmehr ausfahren läßt.

Die Kämpfe im Orient.

Vergeblicher Bandungsversuch der Engländer.

Wie der türkische Heeresbericht meldet, erschien am 2. April ein feindlicher Kreuzer, ein Kanonenboot und ein Transportschiff vor Akaba (einem türkischen Hafenort am gleichnamigen Meerbusen des nordöstlichen Armes des Roten Meeres). Nach heftiger Beschießung, zum Teil mit Verwendung giftiger Gase, versuchten die Engländer, deren Stärke auf 2000 Mann geschätzt wurde, sechs Mal vergeblich zu landen. Die Moschee in Akaba wurde durch das feindliche Schiffsfeuer zerstört. Unser Verlust durch die Beschießung beträgt sieben Mann, darunter zwei tot.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Die Note Spaniens an Deutschland.

Die vom spanischen Botschafter am 20. April auf dem Auswärtigen Amt übergebene Note lautet in der Uebersetzung wie folgt:

In der Antwortnote vom 6. Februar 1917 sprach die königliche spanische Regierung von der unabweislichen Pflicht, die sie zwingt, das Leben ihrer Untertanen zu beschützen und zu bewirken, daß die Lebensadern ihrer nationalen Existenz nicht unterbrochen würden angesichts des angefügten unabweislichen Vorstoßes Deutschlands, ein neues Kriegsrecht in einem großen Teile der europäischen Meere in Anwendung zu bringen. In dem verflochtenen Zeitalter hat es sich leider gezeigt, daß die kaiserliche Regierung trotz der freundschaftlichen Gefühle, die beide Länder verbinden, weder Mittel noch Wege gefunden hat, um den berechtigten Ansprüchen Spaniens nachzukommen, noch geglaubt hat, die seit Beginn des Krieges eingenommene feste und korrekte, christliche Haltung Spaniens angesichts der berechtigten Forderungen eines verletzten Völkerrechts berücksichtigen zu können. Alle wiederholten Versuche der spanischen Regierung, die sie in der Absicht unternommen hat, den Seeverkehr und das Leben ihrer Seeleute sichergestellt zu machen, sind gescheitert an dem unerschütterlichen Entschluß der kaiserlichen Regierung, darauf ungewöhnliche und gewalttätige Kriegsmassnahmen anzuwenden, welche angeblich die wirtschaftliche Existenz ihrer Gegner unmöglich machen, gleichzeitig aber diejenige der befreundeten und neutralen Mächte großen Gefahren aussetzen. Die in diesen Tagen ohne Warnung erfolgte Verlenkung einiger Schiffe, insbesondere diejenige des „San Julgencio“, der nach Spanien Kohlen aus England brachte, wofür er vorher Freifahrt mit einem deutschen Geleitschein ausgeführt hat, sowie die seitens der Berliner Regierung für die Rückkehr unserer in englischen Häfen zurückgehaltenen Schiffe aufgestellten Bedingungen, die, wenn sie nicht von der spanischen Regierung verworfen worden wären, einen großen Teil unserer Handelsmarine zur Untätigkeit verurteilt hätten, ferner die bereits erhaltene Mitteilung, daß unser Seehandel mit den im Kriege mit Deutschland befindlichen amerikanischen Ländern auf dem Seewege denselben Bestimmungen unterworfen werden wird, welche in Europa vor dem 1. Februar befristete Verluste unserer Marine zur Folge hatten und schließlich in Anbetracht des so erweiterten Risikos unsere wirtschaftlichen Existenzbedingungen immer schwerer und fast unmöglich machen werden: Alles dieses beweist, daß die deutschen Absichten weder dahin gehen, das zu wiederholten Malen und in bezugnehmender Weise geforderte Recht anzuerkennen, noch in einer Art, wie sie es sollten, dem Ansuchen eines Landes Rechnung zu tragen, dessen Freundschaft bis auf den heutigen Tag keine Abkühlung erfahren hat und dessen Neutralität ohne Wanken aufrechterhalten wurde. Wenn die kaiserliche Regierung darauf besteht, zu versichern, daß sie ihren Entschluß zur Verteidigung ihres Lebens aufrechterhält, so darf sie sich nicht wundern, wenn Spanien aus demselben Grunde sein Recht zur Verteidigung seines Lebens betonen muß. Trotz des abschlägigen Bescheides auf ihre vorhergegangenen Noten vertraut die spanische Regierung immer noch darauf, daß die deutsche Regierung ernsthaft den Sinn und die Tragweite dieser Note würdigen wird und daß künftig ihre Maßnahmen von der Rücksicht auf das Leben unserer Seeleute und die Sicherheit unserer Schiffe geleitet werden, welche die Träger eines für das wirtschaftliche Leben Spaniens unentbehrlichen Handels sind.

Die deutsche Regierung wird in voller Würdigung der schwierigen wirtschaftlichen Lage Spaniens mit der spanischen Regierung in eine Erörterung über die Maßnahmen einzutreten, die innerhalb der durch die militärischen Notwendigkeiten gegebenen Grenzen zur Erleichterung der in Spanien entstandenen Schwierigkeiten getroffen werden können.

Wie über Bern gemeldet wird, beschäftigt sich die Regierung eingehend mit den neuen Torpedierungen spanischer Schiffe.

Aus der sibirischen in englische Gefangenschaft.

In voriger Woche wurde, wie die „Berliner Tagwacht“ mitteilt, in Liverpool der bekannte russische Schriftsteller Timose Samonow zu sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Er war angeklagt, verschiedene Artikel an amerikanische sozialistische Zeitungen geschickt zu haben, in welcher er die Lage der vielen Tausenden von Sozialisten schilderte, die wegen Militärdienstverweigerung in den englischen Zuchthäusern sitzen. Die Wahrheit schmerzte die englischen Tyrannen offenbar und unser Genosse wurde unter dem Vorwand verurteilt, Samonow war schon im Jahre 1909 als Opfer der russischen Tyrannei lebenslanglich nach Sibirien verbannt worden. Es gelang ihm jedoch vor zwei Jahren, aus seiner Gefangenschaft zu entfliehen und die Gestalt des „freien“ Englands zu erreichen, wo während seines Prozesses die Polizei ihm als Hauptdelikt vorwarf, im Besitze revolutionärer Literatur zu sein.

Ein amerikanisches Ausfuhrverbot.

Später Blättern zufolge unterzeichnete Wilson die von beiden Kammern bewilligte Sieben-Milliarden-Anleihe. Im Gesetzentwurf, betreffend das Ausfuhrverbot, wurde festgelegt, daß sofort nach seiner Annahme ein Sonderauschuß die Durchführung des Gesetzes überwachen soll. Zuerst wird der amerikanische Verbrauch berücksichtigt, dann wird für den Bedarf der Alliierten der notwendige Teil referiert und erst dann kann der Ueberschuß an die Neutralen ausgeführt werden, unter der Voraussetzung, daß der notwendige Schiffsraum vorhanden ist.

Jugoslawen können die Neutralen verunglimpfen!

Das größte Kriegsschiff der Welt.

Späterer Vortag melden aus Washington den Stapellauf des größten Kriegsschiffes der Welt, des Ueberdread-noughts „New Mexiko“, von 32 000 Tonnen Wasser- verdrängung.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Reichstags-Ausschuß an Hindenburg.

Der Reichshaushalts-Ausschuß beschloß folgende Erklärung, die an Hindenburg telegraphiert wurde: Die unterzeichneten Mitglieder des Reichshaushalts-Ausschusses danken den unvergleichlich tapferen deutschen Helden von Arras, an der Aisne, in der Champagne und wo immer sie für des Volkes Heil und Vaterlandes Wohl kämpften und bluten, für ihre in der Weltgeschichte einzig dastehenden Leistungen. Sie legen für das deutsche Volk ein Gelöbniß ab, mit ganzer Kraft unerschütterlich für seine opfermutige Verteidigung bis zum baldigen Frieden zu sorgen.

Dr. Spahn, Behrens, v. Soehn, Davidsohn, Erzberger, Giesberts, Göttig, Gothein, v. Gräfe (Gülfstrom), Gröber, Dr. Haas (Baden), Dr. Haegy, Held, Hoch, Mertin, Naden, Rehbel, Roske, Dr. Pfleger, Schirmer, Schöpflin, Schulz (Erurt), Dr. Stresemann, Stücklen, v. Trampczynski, Weinhausen, Wels.

Ginziehung von Reklamierten.

25. Berlin, 25. April. Amtlich. Das Kriegsamt hat die Anordnung getroffen, daß aus unserem gewaltigen Reklamiertenheer, wovon wir noch in der Heimat vorliegen und das unser Feldheer von 1870 um mehr als das Doppelte übertrifft, eine größere Zahl für den Heeresdienst im Felde wieder freigegeben und in der Kriegswirtschaft durch Hilfsdienstpflichtige und Frauen ersetzt wird. Bei dieser Gelegenheit soll auch ein Austausch zwischen Feld und Heimat stattfinden, so daß ältere verheiratete Facharbeiter, besonders Familienväter — soweit die militärischen Interessen es zulassen — aus der Front herausgezogen und der heimatischen Kriegswirtschaft wieder zugeführt werden. Ferner ist im Einvernehmen mit der Obersten Heeresleitung beabsichtigt, zur Steigerung unserer Kohlenproduktion dem Bergbau weitere Kräfte aus dem Heere zuzuführen gegen Ersatz aus der Heimat. Dieser Ersatz kann nur aus der Kriegsindustrie entnommen werden. Von den in Verfolg vorstehender Maßnahmen notwendigen Einziehungen Reklamierter, womit in der Industrie bereits begonnen ist, bleibt die Landwirtschaft vollkommen unberührt. Die stellvertretenden Generalkommandos sind angewiesen, die Unternehmer rechtzeitig von den bevorstehenden Einziehungen zu unterrichten, damit für den Ersatz der Arbeitskräfte Vorsorge getroffen werden kann. Eine scharfe Nachprüfung, ob nicht einzelne Betriebe mit Reklamierten überfüllt sind, geht mit den angeführten Maßnahmen Hand in Hand. Die Feststellungs- und Einberufungsausschüsse nach dem Hilfsdienstgesetz werden Gelegenheit haben, das Herausziehen von Reklamierten durch rechtzeitige Ueberweisung von Hilfsdienstpflichtigen nachdrücklich zu unterstützen.

Eine Mahnung des Reichszanlers.

Der Reichszanler richtete an sämtliche Bundesregierungen das nachstehende Schreiben: Jeder Deutsche weiß, daß die Sicherheit unseres Vaterlandes und daß der Sieg in dem uns aufgezwungenen Kampfe von der Beschaffung der gewaltigen Rüstzeuge für Heer und Flotte abhängt. Dazu ist unausgesetzte, angestrengteste Arbeit in allen Betrieben, die für die Kriegsführung Bedeutung haben, unbedingt notwendig. Werden solche Unternehmungen, wenn auch nur auf kurze Zeit, stillgelegt, so wird die Schlagfertigkeit unserer Truppen in Frage gestellt und den Plänen und Berechnungen unserer Heeresleitung die Unterlage entzogen. Die aufgeregte deutsche Arbeiterschaft ist sich der hohen Bedeutung ihrer Aufgabe voll bewußt. In der letzten Zeit haben aber an einigen Orten Personen, die sich dadurch bewußt oder unbewußt in den Dienst unserer Feinde stellen, versucht, sie in Erfüllung dieser Aufgabe zu stören. In verschiedenen Betrieben, deren ungestörter Fortgang für die Landesverteidigung wesentlich ist, ist an die Arbeiter mündlich, schriftlich oder durch Verteilung von Flugblättern und Handzetteln die Aufforderung zur Arbeitseinstellung gerichtet worden. Es ist ferner mehrfach versucht worden, Arbeiter, die getreu ihrer Pflicht zur Werkstätte zurückkehren, von der Arbeit abzuhalten. Auch in Zukunft werden solche Versuche scheitern an dem vaterländischen Pflichtgefühl und gesunden kameradschaftlichen Sinn unserer deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen, die in Uebereinstimmung mit der Leitung ihrer bewährten Berufsorganisationen ihre ganze Kraft daran setzen, unseren kämpfenden Brüdern das zu schaffen, was sie zur Verteidigung der Heimat brauchen. Die deutsche Arbeiterschaft soll aber auch wissen, daß die Staatsbehörden, die über Recht und Gesetz zu machen haben, mit ihr gegen jene verbrecherischen Machenschaften ankämpfen werden. Das Strafgesetzbuch bedroht diejenigen, die auf der angegebenen Weise einer feindlichen Macht Vorstoß leisten oder der Kriegsmacht des Deutschen Reiches oder seiner Bundesgenossen Nachteil zufügen, wegen Landesverrats mit schwerer Strafe. Wer unseren tapferen Krieger in diesem heiligen Kriege ehrlos und treulos in den Rücken fällt, der stellt sich außerhalb der Volksgemeinschaft und soll von der ganzen Scharfe des Gesetzes getroffen werden. Ich weiß mich einig mit der hohen Bundesregierung in dem Gefühl heiliger Verpflichtung, jede deutsche Arbeit im Dienst unseres am sein Dasein ringenden Volkes mit allen Mitteln zu fördern und vor feindlichen Umtrieben zu schützen.

Oesterreich-Ungarn.

Eine große Wahlrechtsaktion kündigen unsere angestrichelten Parteigenossen an. Sie haben sich mit den oppositionellen Parteien wegen eines gemeinsamen Vorgehens in Verbindung gesetzt.

Japan.

Die Neuwahlen endigten mit einem Sieg für die Regierung, die 50 Sitze gewann. Dies bedeutet eine Niederlage der Chauvinisten und einen Triumph der Politik, die ein freundschaftliches Verhältnis zu China, engere Beziehungen zu Rußland und lokale Unterstützung der Alliierten wünscht.

Der amtliche Kriegsbericht.

25. Großes Hauptquartier, 26. April. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Gestern raffte sich der Feind bei Arras nur noch zu Teilergriffen auf. Nördlich der Scarpe führten seine Angriffs- wellen dreimal gegen unsere Linien, dreimal stuteten sie zurück.

Der Artilleriekampf hielt in einigen Abschnitten in beträchtlicher Stärke an.

Bei Gavrelle liegt unsere Stellung am östlichen Dorfrande.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Die Gesamtlage ist unverändert.

Der Feuerkampf beschränkte sich auf begrenzte Frontstrecken. Bei Haurkele-Fe. und östlich wurden durch Vorstöße, bei denen wir 2 Offiziere und mehr als 100 Franzosen zu Gefangenen machten, unsere Stellungen auf dem Chemin-des-Dames-Rücken verbessert.

Am Abend griff der Feind nach heftiger Feuersteigerung bereits von Bray in drei Kilometer Breite an. Er wurde blutig abgeschlagen.

In der Champagne kam es nur zu Handgranatenkämpfen.

Front des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Keine besonderen Ereignisse.

Gestern verlor der Feind 6 Flugzeuge, von denen Leutnant Schäfer II seinen 22. und 23. Gegner abschloß.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Riga, bei Jakobstadt, Smorgon, westlich von Lud und östlich von Jloczow, an der Flota Lipa und längs Putna und Sereth hat die russische Feuerartillerie und entsprechend unser Bergschützfeuer zugenommen.

Mazedonische Front.

Aussagen von Gefangenen aus den Kämpfen am Doiran-See am 24. April ergaben, daß dort die Engländer mit starken Kräften auf schmaler Front einen in seinen Zielen weitestgehenden Angriff ausgeführt haben. Die tapferen bulgarische Infanterie hat einen jähen Erfolg davongetragen, alle ihre Stellungen behauptet und dem Feinde im Bereich mit deutschen und bulgarischen Maschinengewehren und Batterien schwere Verluste zugefügt.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

An die sozialdemokratischen Reichstagswähler des 7. mecklenburg. Wahlkreises!

Bezirks- und Kreisvorstand haben in ihren Sitzungen, ohne Widerspruch der Ortsvereine des Kreises zu finden, beschlossen, bei der demnächst stattfindenden Ersatzwahl zum Reichstag den Burgfrieden zu wahren.

Wir richten deshalb an unsere Wähler das Ersuchen, sich bei der Wahl am 30. April der Stimme zu enthalten.

Der Bezirksvorstand

J. A.: Wilt. Kröger, Rostock.

Der Kreisvorstand

J. A.: Bollmann, Strelitz (Alt).

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 26. April.

Die Reform des Bürgerrechtswahlrechts steht als einziger Beratungsgegenstand auf der Tagesordnung der am kommenden Montag abend 6 Uhr stattfindenden Bürgerchaftssitzung. Es liegen vor: ein Antrag von 48 Mitgliedern der Bürgerchaft: Die Bürgerchaft ersucht den Senat, ihr ungeläutert eine Vorlage entgegen zu bringen, die die Einsetzung einer gemeinsamen Kommission von Senat und Bürgerchaft auf Verränderung des Wahlrechts zur Bürgerchaft zum Gegenstande hat, weiter der Antrag von Steining: „Die Bürgerchaft ersucht den Senat, ihr baldmöglichst eine Vorlage entgegen zu bringen, die das bestehende Klassenwahlrecht zur Lübecker Bürgerchaft durch ein allgemeines und gleiches Wahlrecht ersetzt und eine Verränderung der in Frage kommenden Paragraphen der Verfassung in dieser Richtung vorzieht. — Der wesentlichste Unterschied, der zwischen den beiden Anträgen besteht, liegt darin, daß der Antrag der Aser nur allgemein von einer Verränderung des Bürgerchaftswahlrechts überhaupt spricht, während der sozialdemokratische Antrag unzweideutig zum Ausdruck bringt, daß an die Stelle des Klassenwahlrechts das gleiche Wahlrecht treten soll. Klarheit darüber, was wirklich beschaffbar ist, wird, ist aber vor allem notwendig; für Wahlrechtsbeauftragten halten wir die Zeit für zu erst. Erfahrungsgemäß gehören die sogenannten gemeinsamen Kommissionen nicht zu den Einrichtungen, die schnell und fruchtig begründete Ergebnisse hervorbringen. Wenn es in diesem Falle anders wäre, so könnte man sich freuen und wundern zugleich.“

Regelung des Verkehrs mit Ersatz-Wahlmitteln. Feststehende Wahl- und Reinigungsmittel jeder Art dürfen nach einer Anordnung des Reichszanlers unter einer irreführenden Bezeichnung oder Angabe nicht angeboten, feilgehalten, verkauft, oder sonst in den Verkehr gebracht werden. Das Wort „Seife“ oder ein das Wort enthaltende Wortverbindung darf nicht verwendet werden. Zur Bezeichnung von wasserlöslichen Salzen jeder Art mit und ohne Soda darf im gemeinlichen Verkehr das Wort „Soda“ oder eine das Wort enthaltende Wortverbindung nicht verwendet werden. Dies gilt nicht für kausische oder salzinter Soda sowie Kristall- und Feinsoda, die bis zu 5 Proz. Glaubersalz enthalten dürfen. Für Gemisch aus salzinterner Soda und Wasserglaslösung bleibt die übliche Bezeichnung „Weißsoda“ gestattet. Feststehende Wahl- und Reinigungsmittel jeder Art, die unter Verwendung von Natrium, salzinterner Soda, Kristall- und Feinsoda hergestellt sind, dürfen nur mit Zustimmung des Kriegsausschusses für pflanzliche und tierische Fette und Öle angeboten, feilgehalten, verkauft oder sonst in den Verkehr gebracht werden. Packungen sind nur zu 500 oder 1000 Gramm zulässig. Jedes Stück muß Firma, die Bezeichnung Tonwalmittel oder Tonpulver, den Kleinverkaufspreis und die Zeit der Fällung tragen. Der Verkaufspreis an den Verbraucher darf für Tonwalmittel 1 Pfennig für je 25 Gramm, für Tonpulver 25 Pfennig für je 1 Kilogramm und 1 Pfennig für ein halbes Kilogramm nicht übersteigen.

Die Aufgaben und Erfolge der Mieteinigungsämter behandelte Herr Professor Dr. Hirschberg von Stadt- und Landamt in einem Vortrage, den er im Haus- und Grundbesitzerverein hielt. Er führte u. a. aus: Man habe in Lübeck bereits mehrere Jahre vor dem Kriege versucht, für die Mietangelegenheiten durch Einrichtung eines Mieteinigungsamtes eine Möglichkeit zu schaffen, unruhige Prozesse zu vermeiden. Als dann im Jahre 1914 der Krieg über das Deutsche Reich hereinbrach, wäre man überall zu der Ueberzeugung gelangt, daß man Mittel und Wege finden müßte, um vor allen Streitigkeiten zwischen Mieter und Vermieter, Hypothekengläubiger und Hypothekenschuldner, wenn irgend möglich, außergerichtlich zu erledigen; denn diese Streitigkeiten wären vielfach infolge wirtschaftlichen Unvermögens, seinen Verpflichtungen nachzukommen, verursacht durch die Wirkungen des Krieges, entstanden. In den ersten Monaten des Krieges hätten vielfach teils die Gemeinden, teils private Einrichtungen jede für sich entsprechende Einigungsanstalten geschaffen. Durch Bundesratsverordnung vom 15. Dezember 1914 wären dann Mieteinigungsämter geschaffen worden, und zwar in der Weise, daß die Bundesratsverordnung nur einen Rahmen schaffte und eine Reihe von Leitfäden aufstellte ohne jedoch die Gemeinden zu nötigen, auch tatsächlich Einigungsämter einzuführen. In Lübeck wäre durch die Landeszentralbehörde mit der Erledigung der Einigung in Miet- und Hypothekangelegenheiten das Einigungsamt der Kriegshilfe betraut worden.

Was die Aufgaben der Mieteinigungsämter anlangte, so befaßten sie sich mit Mietfragen und zwar stets in weitestem Umfang. Sie schlichteten nicht nur hervorgetretene Mietstreitigkeiten jeder Art, sondern bestritten es als ihre besonders wichtige Aufgabe, solchen vorzubeugen. Gerade die Mieter, welche kommen sehen, daß sie nicht imstande sein würden, ihren Mietverpflichtungen nachzukommen, wären die geeignetsten Klienten. Vor allem strebten die Einigungsämter auch danach, die Preise der Wohnungen während des Krieges auf einer angemessenen Höhe zu erhalten in der Weise, daß sie beiden Seiten, Mieter und Vermieter, gerecht sein könnten. Häufig traten die Rechtsfragen bei Erledigung der Mietstreitigkeiten weit hinter die wirtschaftlichen, sozialen und rein psychologischen Fragen zurück. Noch viel wichtiger aber wären die Fragen der Rechtsunkenntnis und des Mangels an Lebenserfahrung, die Fragen des Temperaments und der Halsstarrigkeit auf beiden Seiten, auf Seiten des Mieters wie auf Seiten des Vermieters. Gerade diese Fälle eigneten sich für eine gerichtliche Entscheidung kaum, desto mehr aber für die Behandlung vor dem Einigungsamt; denn hier wären wirtschaftliche, soziale Verhältnisse, Ursachen des Temperaments die Voraussetzungen der ganzen Streitigkeiten. Hier würde in den allermeisten Fällen eine Einigung und damit ein Erfolg, der beide Teile zufrieden stellte, vor dem Einigungsamt erreicht. Vor allem hätte auch das Verfahren vor dem Einigungsamt den Vorteil der Raschheit und Billigkeit des Verfahrens für sich. In Lübeck wäre bereits im Frieden durch die Tätigkeit des Mieteinigungsamtes die Erziehung gemacht, daß die Mehrzahl aller Mietstreitigkeiten auf gutem Wege erledigt würde; und diese Erfahrung hätte sich durch die Tätigkeit der Einigungsämter in anderen Städten während der Kriegszeit bestätigt. Aber auch von der Seite der sozialen Verwaltung her wäre das Mieteinigungsamt eine wertvolle Einrichtung. Es wäre nämlich kraft seiner Tätigkeit in der Lage, in die bedrängten Verhältnisse eines Schuldners hineinzublicken und könnte diesem sehr wohl, wenn es selbst aus eigener Machtbefugnis nicht helfen könnte, doch insofern förderlich sein, als es ihn auf andere Fürsorgezweige hinwies, die für die Lösung seiner Fragen tätig wären. Weiter bildete das Mieteinigungsamt für die Verwaltung ein außerordentlich wertvolles soziales Beobachtungsmittel und ein Mittel der Beobachtung insbesondere der Wohnungsverhältnisse. Ferner könnte die Tätigkeit des Mieteinigungsamtes sehr segensreich insofern wirken, als einheitliche Mietvertragsmuster durch seine Vermittlung zur Ausarbeitung kommen könnten, in welchen die Grundzüge der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und der sozialen Billigkeit im Rahmen des Rechts verwirklicht werden könnten. Der Lübecker Haus- und Grundbesitzerverein habe ja schon vor Beginn des Krieges in seine sämtlichen Mietvertragsformulare die Bestimmung aufgenommen, daß über alle Mietstreitigkeiten zunächst das Mieteinigungsamt als Vergleichsinstanz entscheiden müßte. Oft trete bei Mietstreitigkeiten die Frage auf, wie sich der Vermieter gegenüber solchen eingebrachten Wohnungseinrichtungen zu verhalten hätte, die der Mieter auf Abzahlung und unter Eigentumsvorbehalt gekauft hätte. Die Erfahrungen in der Kriegsfürsorge hätten gelehrt, daß gerade diese Fragen mit dem Mietverhältnis, insbesondere auch mit den Fragen des Zurückbehaltungsrechts und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Mieter, deshalb würde es zweifellos nicht zu umgehen sein, daß in Zukunft auch diese Fragen von den Mieteinigungsämtern als zu ihrem Wirkungsbereich zählend, mit erledigt werden müßten.

Eine weitere Aufgabe der Mieteinigungsämter wäre die Erstattung von Gutachten auf Erfordern der Gerichte in denjenigen Fällen, in denen das Gericht einem auf Zahlung des Mietzins verurteilten Mieter eine Zahlungsfrist zu gewähren oder in denen es gewisse Folgen als nicht eingetreten zu erklären beabsichtigte. Bestände für den Bezirk, in dem der betreffende Mieter wohnte, ein Einigungsamt, so müßte das Gericht ein solches Gutachten einfordern. Frage man nun, welchen Erfolg die Einrichtung der Mieteinigungsämter anderswo und in Lübeck insbesondere gehabt hätte, so ergäbe sich schon, daß die Erfolge diejenigen wären, die man von der Einrichtung der Einigungsämter erwarten dürfte. Mietsachen wären im großen und ganzen vor der Bildung der Prozeßgerichte verschwunden und wären in den allermeisten Fällen durch die Einigungsämter im Vergleichswege erledigt. Die von dem Vortragenden gegebenen einzelnen statistischen Zahlen aus Bremen, Charlottenburg, Dresden, Frankfurt a. M. und Lübeck bestätigten nur diese Tatsache. Nach den Ausführungen des Redners sind insbesondere in Lübeck bei 920 Fällen, die in der Zeit von Anfang September 1914 bis 1. April 1917 an das Mieteinigungsamt gelangt waren, die Bemühungen des Einigungsamtes in 902 Fällen von Erfolg gekrönt und nur in 12 Fällen erfolglos geblieben, meist weil die Parteien trotz Ladung nicht erschienen waren und die Sache nicht weiter verfolgt wurde. Wie der Vortragende am Schluß hervorhob, wäre die Tätigkeit der Einigungsämter überall von großem Segen gewesen und wäre auch namentlich in den Kreisen des Grundeigentums dankbar anerkannt worden, was auch eine Eingabe des Schutzverbandes für den deutschen Grundbesitz vom 18. Mai 1915 an den Bundestat bewies. In dieser Eingabe wurde nämlich ersucht, um die Pflichteinrichtung von Mieteinigungsämtern in sämtlichen Städten über 10 000 Einwohnern und gewünscht, daß die Mieteinigungsämter ohne Rücksicht auf die Höhe der Miete und die Art der Mieträume tätig wären und schließlich, daß die vor ihnen geschlossenen Vergleiche wie die gerichtlichen Vergleiche vollstreckbar wären. Der Redner schloß seine Ausführungen damit, daß er seine feste Ueberzeugung dahin ausdrückte, daß die Mieteinigungsämter, die sich während des Krieges so sehr bewährt hätten, überall auch über den Krieg hinaus für die künftige Friedenszeit, wenn auch vielleicht auf anderer Grundlage, erhalten blieben, da ihre Voraussetzungen und Aufgaben für die künftige Friedenszeit keine wesentlich anderen wären, als wie ihre jetzigen.

Handelsregister. Am 24. April 1917 ist eingetragen: Die Firma Lübecker Okean-Schiffahrts-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck, Gegenstand des Unternehmens: Ausübung der Schiffahrt mit den Schiffen der Gesellschaft und der Betrieb von Geschäften aller Art, die mit der Schiffahrt zusammenhängen. Stammkapital: 20 000 Mk. Geschäftsführer: Joers Hans Friedrich, Kaufmann in Lübeck. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 20. April 1917 festgestellt.

Verfassungskampf und Hungerrevolten in Schweden.

Stockholm, 23. April. In Schweden mehrten sich die Kundgebungen gegen die Teuerung von Tag zu Tag. Bezeichnenderweise lebten die ersten, ernstesten Demonstrationen in der Stadt Västerås ein, in der großen südswedischen Provinz Smoland, deren Bevölkerung wegen ihrer Genügsamkeit sprichwörtlich ist und wo die Organisation den schwersten Boden zur Verbreitung ihrer Ideen hatte. Gerade in dieser Provinz, der festen Hochburg der schwedischen Konservativen, erhoben sich zuerst die Arbeiter und die Arbeiterbewegungen mit der Forderung einer besseren Rationierung der vorhandenen und Beschaffung neuer Lebensmittel, sowie Herabsetzung der Preise derselben. In einer Anzahl von über 2000 — bei einer Bevölkerung von rund 8000 — versammelten sie sich vor dem Rathaus, wo sie dann durch Delegierte mit den Stadtbehörden verhandelten. Von diesen wurde ihnen die Erfüllung ihrer Forderungen zugesagt. Ferner wandte sich das Lebensmittelamt telegraphisch an die staatliche Lebensmittelkommission in Stockholm, um sofortige Zufuhren von weiteren Zusatzbrotkarten.

Die Vorgänge in diesem kleinen Städtchen sind typisch für die in den folgenden Tagen in einer ganzen Reihe von Städten im ganzen Lande veranstalteten Hungerdemonstrationen. Auffallend war überall die große Ordnung der Demonstrierenden. Die von den Behörden erwiesene Einsicht und das Verständnis für die prekäre Lage der Arbeiter dürfte hierzu sehr beigetragen haben. Wie auch konservative Blätter zugeben, steigerte die Zurückhaltung der Polizei das Verantwortlichkeitsgefühl der Demonstrierenden. Sogar mit wenigen Ausnahmen keine Unruhen stattfanden haben. Nur in Stockholm, wo außer den 2000 vor dem Reichstagsgebäude demonstrierenden Arbeitern Mannschaften der Flotte an einer jungsozialistischen Versammlung teilnahmen, scheint der Polizeipräsident noch nicht zur Einsicht gekommen zu sein, daß die Arbeiter durch ihre Organisationen zur Selbständigkeit erzogen werden. Trotz großen Aufgebots von Militär und Polizei wurde die Ruhe nicht gestört.

Abgesehen von der mißlichen Lage des schwedischen Lebensmittelmarktes kommen auch rein innerpolitische Momente hinzu, die die Erbitterung der unteren Bevölkerungsschichten des Landes in hohem Grade steigern. Schweden krankt fortwährend an einer ersten Kammer, die indirekt, aus keineswegs zeitgemäß stattfindenden kommunalen Wahlen hervorgegangen ist. Das frühere 100gradige Stimmrecht wurde zwar im Jahre 1909 von dem jetzigen 40gradigen abgelöst, das eine stufenartige nach dem Einkommen sich richtende Stimmzahl — bis 40 — ergibt. Zwar ruht der politische Schwerpunkt des schwedischen Parlaments in der zweiten Kammer mit ihren 230 aus allgemeinen geheimen und direkten Wahlen hervorgegangenen Mitgliedern, aber die erste mit ihrer großen konservativen Mehrheit — über 90 von 150 — kann die Beschlüsse der zweiten Kammer illusorisch machen. Als vor einigen Tagen ein Antrag auf Beseitigung des ungerechten Wahlrechtes wiederum vom Reichstage behandelt wurde, zeigten die schwedischen Konservativen, daß sie die Zeichen der Zeit immer noch nicht verstehen. Die beiden Kammern faßten entgegengesetzte Beschlüsse, wodurch die Frage für diesmal gefallen ist. In der zweiten Kammer kämpften Sozialdemokraten und Liberale einmütig für den Antrag. Branding drohte u. a. mit Maßnahmen, die an die jüngsten russischen Ereignisse mahnen würden. Es ist also in Schweden Gärstuf genügend vorhanden, der Wind vom Osten scheint auch dort zu pfeifen zu sein. Die Konservativen sollten sich nicht allzusehr oeren durchführbare Forderungen der Massen sperren. Der Stein ist im Rollen; und die für den 1. Mai geplanten Demonstrationen könnten leicht Unruhen veranlassen.

Aus dem Hilfsdienstauschuß.

In der letzten Sitzung berichtete Abg. Bauer (Soz.) über Petitionen.

Eine ganze Reihe von Textilbetrieben beschwert sich über Zurücksetzung bei der Zusammenlegung von Betrieben, wobei ganze Gebiete übergangen und dabei schwer benachteiligt worden seien. Die Petitionen werden dem Kriegsamts als Material überwiesen. Aus Anlaß der Beschwerde eines Zahnarztes wird erklärt, daß nur die approbierten Zahnärzte vom Hilfsdienst befreit sind. — Abg. Bauer erklärt, daß auch die Zahnärztinnen von der Heranziehung zum Hilfsdienst befreit bleiben und betont, daß bei den Kriegsamtsstellen als Sachverständige Zahnärzte verwendet werden, die natürlich jeden Zahnärztin für entbehrlich halten. Deshalb müssen bei Einziehung von Zahnärztinnen auch deren Vertreter und die Krankenkassen gehört werden. — Das Kriegsamtsamt sagt das zu. — Die Gesellschaft für soziale Reformen, der Zentralverband der Handlungsgehilfen und andere kaufmännische Organisationen haben eine Anzahl Forderungen überreicht; sie fordern u. a. eine Vertretung im ständigen Ausschuss für die Zusammenlegung der Betriebe. — Auf Antrag des Referenten, Abg. Bauer, wird Ueberweisung zur Berücksichtigung beschlossen. — Weiter wird beschlossen, Angestellte mit langen Kündigungsfristen nicht einzuziehen. Vom Kriegsamtsamt wird erklärt, daß bei Einziehungen darauf Rücksicht genommen werden wird. — Zur Ausgestaltung des Arbeitsnachweises wird eine Vereinfachung gewünscht. — Abg. Siebel (Soz.) tritt für eine Berücksichtigung der Wünsche der Petenten ein. — Ein Vertreter des Kriegsamts sichert zu, daß diese Wünsche berücksichtigt werden sollen. — Zur Regelung der Gehaltsfrage hebt die Petition hervor, daß im Hilfsdienst Höchstgehälter von 160 Mark pro Monat bezahlt werden. Um diese Lohnrücker zu vermeiden, ist es nötig, daß die von den Angestelltenverbänden aufgestellten Mindestsätze der Bezahlung zugrunde gelegt werden. — Abg. Siebel unterstützt diese Wünsche. In den Betrieben der Kriegsindustrie werden Gehälter bezahlt, die den heutigen Verhältnissen in keiner Weise entsprechen. — Das Kriegsamtsamt erklärt, erst eingreifen zu können, wenn jemand auf Grund des Hilfsdienstgesetzes einem Betriebe übermiesen wird. Wer sich freiwillig meldet, muß beim Vertragsabschluss selbst auf auskömmliche Entschädigung dringen. Bei Ueberweisungen sind die jetzt am Orte üblichen Gehälter zu bezahlen. — Abg. Dittmann (Soz. Arb.) läßt gleichfalls Kritik an der Lohnrückerei. — In einer weiteren Petition werden Mindestlohnhöhe für die Angestellten in den Betrieben der Heeresverwaltung verlangt. — Oberst von Braun führt dazu aus, daß bereits eine Verständigung mit den in Frage kommenden Organisationsen erzielt sei. Das Kriegsamtsamt hat weiter bedauert, daß die Unternehmer mit den Angestelltenorganisationen wegen der Gehaltsfestsetzung in Verbindung getreten sind. — Die Abg. Siebel und Bauer weisen noch einmal auf die niedrigen Gehälter hin, die auch von hochdotierten Betrieben den Angestellten geboten werden. — Oberst von Marquardt verliert, daß die Heeresverwaltung gute Löhne zahlt, ihr seien deshalb schon von anderer Seite Vorwürfe gemacht worden. — Dieser Teil der Petition wird schließlich der Regierung zur Erwägung überwiesen. Die weitere Debatte dreht sich um einen Erlaß des preussischen Handelsministers, der den Mitgliedern der Arbeiterauschüsse das Recht beschränkt, sich ihre Sachung selbst zu geben. Die Mehrheit des Ausschusses ließ keinen Zweifel daran, daß sie mit diesem Verfahren nicht einverstanden ist. Interessant war eine Bemerkung des Unterstaatssekretärs Richter, daß es nicht anzänglich sei, daß der Arbeiterauschuß allein berate und dann der Unternehmer laide, um ihn zu verführen. Der Auffassung des Unterstaatssekretärs treten in der weiteren Diskussion verschiedene Redner entgegen. Abg. Legien (Soz.) bezeichnet sie als den alten überlebten Standpunkt der Unternehmer vom Herrn im Hause. Die sozialdemokratischen Redner stellen ausdrücklich fest, daß nach § 11 des Hilfsdienstgesetzes die Landeszentralbehörden nicht befugt sind, die Gehaltsordnung der Arbeiter- und Angestelltenauschüsse und Vorstände über die Leitung und Einberufung von Sitzungen dieser Ausschüsse zu ertlassen. Der Vorsitzende bracht dann eine in diesem Sinne gehaltene Willensmeinung des Ausschusses in Vorschlag, die Annahme fand.

Ein Bundesratsvertreter erklärte dann, daß auf die Gemeinden eingewirkt werden soll, in ihren gewerblichen Betrieben Arbeiterauschüsse zu errichten. Der Ausschuss stimmte dem folgenden Antrag Siebel zu:

„Der Ausschuss erucht das Kriegsamtsamt, den in den Richtlinien über die Einstellung Hilfsdienstpflichtiger geforderten „ortsüblichen Lohn“ für die Verhältnisse der kaufmännischen, technischen und Bureauangestellten so zu erläutern, daß als „ortsübliches Gehalt“ nur ein den kriegszeitlichen Verhältnissen angemessenes Gehalt gelten kann.“

General Gröner teilt dann mit, daß der Arbeitsnachweiser der Reklamierten zum Stillstand gekommen ist. Es ist jetzt dafür gesorgt, daß jeder Reklamierter seinen Fähigkeiten entsprechend verwendet wird. Unter den Betrieben der Werften und der Eisenbahnen haben die Reklamierten eine gewisse Freizügigkeit. — Abg. Dittmann trägt einige Fälle vor, in denen Reklamierter aus wirtschaftlichen Gründen wieder eingezogen wurden. — General Gröner wandte sich dann scharf gegen Dittmann, indem er von hehertlicher Tätigkeit sprach, die zu den letzten Streiks geführt habe. Die Verwaltung sei entschlossen, mit aller Rücksichtslosigkeit vorzugehen gegen alle Versuche, Unzufriedenheit unter die Arbeitererschaft zu tragen und die Arbeit in der Rüstungsindustrie zu stören. — Abg. Graf Westarp (konj.) begrüßte diese Erklärung; die Militärverwaltung dürfe einem Druck freier Arbeiter nicht nachgeben. — Abg. Dittmann bekräftigt, daß General Gröner Anlaß hätte, gegen ihn heftig zu werden. Er sehe den Vorkammissar in Spandau durchaus fern; die Schuld am Ausstände trage allein die Verwaltung. Er habe bloß auf das Ergehen der Arbeiter hin vermittelnd eingegriffen. — Abg. Siebel (konj.) fragt, was Dittmann unternommen habe, um den Streik zum raschen Ende zu führen. Die in verschiedenen Betrieben verteilten Flugblätter seien eine Schandflechte gewesen. — Abg. Bauer stellt fest, daß die Reklamierten sehr viel Anlaß zur Unzufriedenheit haben; die Reklamierten sind doch schließlich keine Sklaven. Es liegt direkt im Interesse der Landesverteidigung, den Wechsel der Arbeitsstellen zu gestatten. Die konservativen Landwirte, die fortgesetzt nach höheren Preisen schreien, haben keinen Anlaß, den Arbeitern Moral zu predigen. Von unverantwortlichen Stellen sind allerdings Flugblätter verbreitet worden; die Streiks aber sind allerdings aus der Not der Zeit heraus. Der Beweis dafür ist, daß selbst Gelbe die Arbeit eingestellt haben. In letzter Linie ist es gerade die agrarische Politik, die die Arbeiter in den Streik getrieben hat. So sehr man diese Streiks bebauern müsse, so wenig dürfe man behaupten, daß sie nur eine Folge der Verheerung seien. Zu verurteilen sei aber unbedingt, daß politische Kreise versucht haben, diese Bewegung für sich nutzbar zu machen. Die Situation ist so ernst, daß alle verantwortungsvollen Stellen die Wünsche der Arbeiter objektiv prüfen sollten. — Abg. Dittmann polemisiert scharf gegen die Konservativen und entwirft ein Bild von den Anführern, die den Arbeitern zugemutet wurden. — Abg. Graf Westarp (R.), bezweifelt, daß der Streik spontan entstanden sei; er ist sicher sorgfältig vorbereitet worden. Der Verdacht besteht, daß Vaterlandsfreunde und englisches Geld dabei im Spiele waren. Die sozialdemokratische Arbeitergemeinschaft steht dieser Dingen ohne Zweifel nicht fern. Die Haltung des Metallarbeiterverbandes ist durchaus nicht zweifelsfrei gewesen. Die Angriffe auf Landwirte müsse er um so entschuldener zurückweisen, als die Lebensmittelnot nicht die Ursache dieses Streiks gewesen ist.

Abg. Reinath (Natl.) macht der sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft den Vorwurf, daß sie den Streik zu politischen Zwecken ausgenutzt habe. — Abg. Legien polemisiert gegen den Grafen Westarp. Spontan kann ein solcher Streik natürlich nicht entstehen. Der Streik ist aber ausgebrochen gegen den Willen der Gewerkschaften. Die Annahme des Grafen Westarp, daß englisches Geld im Spiele war, ist völlig unhaltbar; kein deutscher Arbeiter würde sich dazu gebrauchen lassen. Diese Insinuation kann nicht scharf genug zurückgewiesen werden. Der Metallarbeiterverband hat sich ganz korrekt verhalten. Er hat den Streik nicht veranlaßt, als der Streik aber ausgebrochen war, hat ihn der Metallarbeiterverband in geordnete Bahnen gelenkt. Das es hochgelohnte Arbeiter waren, die sich am Streik beteiligten, ist richtig. Das beweist aber nicht, daß die Ursache nicht in der Lebensmittelnot zu suchen wäre. Der Anstoß war die Forderung der Rationierung und die Befürchtung, daß die gegebenen Versprechungen nicht eingehalten werden. Als dann die feste Zusage gegeben wurde, wurde der Streik aufgehoben. Letzten Endes trifft die Verantwortung jene Landwirte, die durch hohe Viehpreise angereizt das Getreide an das Vieh ver-

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewskij.

150 Fortsetzung.
Sie treffe sich mit ihm an den Sonntagen, vor dem Zucht-haus oder in der Nachtlube, wohnen man ihn für einige Minuten zu ihr rufe. An den Wochentagen sei er auf Arbeit, da gehe sie zu ihm, entweder in die Werkstätten oder die Ziegelfeuer- und Schuppen am Ufer des Frisch.
Neben sich selbst teilte Sonja mit, daß es ihr gelungen sei, in der Stadt einige Bekanntschaften anzuknüpfen und Gönnerschaft zu gewinnen; sie beschäftigte sich mit Nähen, und da in der Stadt fast gar keine Modistin zu finden sei, werde sie in vielen Häusern geradezu unentbehrlich. Sie erwähnte aber nicht, daß durch sie Raskolnikow die Beachtung der Aufsichtsbehörde auf sich gewendet habe, daß man ihm dadurch die Arbeit erleichtere und vergelte. Endlich aber folgte die Mitteilung — Dunja hatte bereits eine gewisse, besondere Aufregtheit und Unruhe in ihren letzten Briefen bemerkt — daß Raskolnikow sich allen entzendet habe und die Sträflinge im Zuchthaus ihn nicht mehr liebten. Er verharre ganze Tage hindurch schweigend und sehe sehr blaß aus. Im letzten ihrer Briefe schrieb Dunja, er sei sehr ernst erkrankt, und liege im Hospital, im Sträflingsaal.

2.
Er war schon seit langem krank, aber nicht die Schreden des Sträflingslebens, nicht die Arbeit oder die schlechte Nahrung, nicht der abraffierte Kopf oder die zerlumpte Kleidung hatten ihn gebrochen! O, was tat ihm all' diese Qualerei und Abhegung! Im Gegenteil, er war sogar froh, arbeiten zu können, denn durch die Erthaltung von der Arbeit ermöglichte er sich wenigstens einige Stunden Schlaf. Was galt ihm die schlechte Speise — der elende Säftich, in welchem Schwaben herumschwammen? Als Student hatte er vordem selbst dies oft noch nicht einmal gehabt! Sein Anzug war wärmend und für seine Lebensweise passend, die Fesseln, die er trug, merkte er gar nicht. Sollte er Scham empfinden über sein geschorenes Haupt und seine Sträflingsjacke? Vor wem? Etwas vor Sonja? Diese fürchtete ihn und vor ihr sollte er Scham empfinden?
Aber er empfand sie doch vor Sonja, welche er dafür mit zuvorkommenden Weisen und rauer Behandlung quälte, und hierbei verachtete ihm nicht der geschorene Kopf und die Fesseln Säam, sein Stolz nagte in ihm, und er erkrankte am Ragen dieses Stolz. O, wie glücklich wäre er gewesen, hätte er sich selbst anklagen können, er würde alles auf sich genommen haben, auch Schande und Brachtung. Aber er beurteilte sich streng und doch fand sein verhärtetes Gewissen durchaus keine Schuld in seiner Vergangenheit mit Ausnahme jener „Erhebung“, die bei jedem einmal möglich werden konnte.

blindlings, hoffnungslos und töricht untergegangen war durch den blinden Wahnsinn des Schicksals, daß er sich begnügen mußte und begnügen vor der „Sinnlosigkeit“ eines Urteils, wenn man sich dabei überhaupt zu beruhigen vermochte.

Eine gegenstandslose, ziellose Unruhe war sein Teil für die Gegenwart, in der Zukunft wurde er ein stetes Opfer, welches um nichts zu erwerben war — dies stellte ihm die Welt in Aussicht. Und wenn er bedachte, daß er nach acht Jahren bereits zwei- unddreißig Jahre alt sein werde und da er noch ein neues Leben beginnen wollte! Woher brauchte er noch zu leben? Was gab es noch für Ziele in seinem Dasein? Wonach konnte er noch streben? Nur leben, um zu existieren? Tausendmal war er doch schon, auch früher, bereit gewesen, sein Dasein für eine Idee zu opfern, für eine Hoffnung, ja für eine Phantasie! Allein das Dasein war ihm zu wenig; er wollte stets mehr! Bitterkeit nur durch die Macht seines Wahnsinnes hatte er sich da für einen Menschen gehalten, dem mehr bestimmt ist, als manchem andern.

Hätte ihm sein Geschick nur die Reue mitgebracht — eine brennende Reue, die das Herz zerstörte, den Schlaf verheute, eine Reue, vor deren furchtbarem Qual die Schlinge oder der Grund des Sees wünte! O, wie froh wäre er darum gewesen! Qual und Tränen — dies war ja sein Dasein bisher! Aber er bereute keinen Schritt nicht.

Wenigstens vermochte er in Zorn zu geraten über seine Torheit, wie er norden in Zorn geriet über die bösen und unbegreiflichen Handlungen, die ihn hierher ins Zuchthaus nach Sibirien geführt hatten. Jetzt aber, im Zuchthaus, „in der Freiheit“, beurteilte und überdachte er von neuem alle seine früheren Handlungen und fand sie noch so töricht und unbesonnen, wie sie ihm schon vordem erschienen waren.
„Um wieviel törichter“, dachte er, „war mein Gedanke, als die Ideen und Theorien anderer, die ja auch untereinander in der Welt aufeinandertriffen, solange als diese Welt vorhanden ist. Sie steht und blickt auf die Tat, unabhängig und frei von dergleichen Einflüssen, und dabei erhebt meine Seele doch gar nicht so — selbst! — Ihr Andersgläubigen und Weisen, weshalb seid ihr auf halbem Wege stehen geblieben! Weshalb ersehe ich meine Tat so ungeschickt“, sprach er zu sich selbst. „Deshalb, weil sie das wäre? Was bedeutet das, hös? Mein Gewissen ist ruhig. Gewiß ist ein Kriminalverbrechen verübt worden, gewiß ist der Rückstand des Gesetzes übertreten, Blut vergossen worden, nun, so nehmt doch für den Rückstand des Gesetzes meinen Kopf! Und dann sei es genug! Freilich müßten für diesen Fall auch eine Menge Wohlthäter der Menschheit, welche der Gewalt nicht Folge leisten und sie doch angreifen, ebenfalls bei ihren ersten Schritten schon gerichtet werden. Aber jene haben ihren Lauf vollendet, und deshalb sind sie „in ihrem Rechte“, ich tat es nicht, vielleicht habe ich nicht das Recht gehabt, mit diesen Schritt vorzugehen!“
Hierin nur erblickte er einen Vorwurf für sich: Darin, daß er seinen Gang nicht vollendet, sondern ein freiwilliges Geständnis abgelegt hatte.

Er litt auch unter dem Gedanken, weshalb er sich nicht lieber das Leben genommen hätte? Weshalb er damals am Fluße gehandelt und doch die Selbstanklage vor Gericht vorgelesen hätte! Sollte der Wunsch zu leben in ihm so mächtig sein, und so schwierig zu bezwingen? Swidrigailow hatte ihn bezwungen, etwa aus Todeswut?

Er stellte sich zur eigenen Marter diese Frage, und vermochte nicht zu begreifen, daß er bereits damals, am Rande des Stromes stehend, in sich wohl schon, in seinen Ueberzeugungen die vorhandene schwere Last vorausempfund. Er begriff nicht, daß diese Vorausempfindung der Verkünder des kommenden Ruhs in seinem Leben, der künftigen Auferstehung, eines künftigen, neuen Wils auf das Leben sein konnte. Er überließ sich ganz einer gewissen bleiernem Schwere des Instinkts, die er nicht zu durchbrechen und welche er ebenso wenig zu durchbrechen vermochte, als Schwäche und Ohnmacht. Er blies auf seine Mitgefängenen und wunderte sich, wie liebte sie alle das Leben, wie hingen sie an ihm! Ihm läuten, als liebe man das Leben noch mehr im Zuchthaus, und solche es dort höher als in der Freiheit.

Welche entsetzlichen Qualen und Leiden hatten manche dieser Menschen zu ertragen, zum Beispiel die, welche schon entflohen waren. Wieviel galt diesen nicht ein einziger Sonnenstrahl! der rauschende Wald; die im Waldesdickicht verborgene Quelle, die sie schon seit drei Jahren gemerkt und von deren Wiedersehen träumten, wie von einem Sibirischen mit der Geliebten? Sie sehen es im Schilf, das grüne Gras ringsumher und das Wäldchen, das im Gebüsch sich daran legt! — Und wenn er noch weiterhin um sich blickte, gewahrte er noch mehr, nicht zu beschreibende Beispiele.

Im Gefängnis, in seiner Umgebung entging ihm allerdings vieles, doch er wollte auch gar nichts sehen. Er lebte dahin, die Augen zur Seite gerichtet, denn das Sehen hier war ihm widerwärtig und unerträglich. Mit der Zeit begann ihn aber gleichwohl nichts in Verwunderung zu setzen, und er verstand sich unwillkürlich dazu, zu beobachten. Im allgemeinen leckte ihn vor allem die ungeheure, unübersehbarere Klust in Erlaunen, die umgeben ihn und all' diesen Leuten lag. Sie schienen von allen möglichen Abstammungen zu sein und begegneten einander mit traurig, ja feindselig. Er kannte und verstand die Ursachen dieser Feindseligkeit, aber nimmermehr würde er früher zugeben haben, daß diese Ursachen in der Tat so tief lagen und so mächtig seien. Es bejandem sich in dem Zuchthaus auch verbannte Polen, politische Verbrecher; diese betrachteten ihre ganze Umgebung als unnützes Zeug und Ungeziefer und schauten von oben herab auf dieselbe. Raskolnikow konnte dies nicht tun; er erkannte sehr klar, daß dieses Ungeziefer in vieler Hinsicht bei weitem gebildeter war als jene Polen. Es waren auch Russen da, die ebenfalls ihre Genossen verachteten — ein früherer Offizier und zwei Sembristen. Raskolnikow erkannte scharf deren Irrtum.

(Fortsetzung folgt.)

füllert haben, während es für die Munitionsarbeiter notwendig gewesen wäre. — Abg. Dittmann erklärte, daß es sich nur um eine Verabredung von Mund zu Mund gehandelt hat, an dem Tage der Rührung der Brotkrumen die Arbeit niederzulegen. Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft ist von den Ereignissen genau so überrascht worden, wie andere auch. Die Behörden hätten den Streit verhindern können, wenn sie die Wünsche der Arbeiter erfüllt hätten. Die Hindenburgspende für Düsseldorf z. B. habe zum Teil ihren Weg in Beamtenkästen gefunden. Wird hier nicht Abhilfe geschaffen, dann werden immer wieder solche Explosionen sich ereignen. — Abg. Carsten (Sp.) erklärt, bei dem Streit sei ohne Zweifel gehandelt worden. Der Beweis aber, daß Dittmann gehandelt hat, sei nicht erbracht. Man müsse aber von Dittmann verlangen, daß er sage, was er getan habe, um die Massen zu beruhigen. — Abg. Graf Westarp bedauerte, daß nicht festgestellt ist, wer diesen Streit angezettelt hat. Dem Metallarbeiterverband macht er insofern einen Vorwurf, als er nichts getan hat, den Streit zu verhindern. — Abg. Dittmann stellt fest, daß er den Arbeitern versichert habe, ihre Beschwerden an maßgebender Stelle zu vertreten, das war die einzige Tätigkeit, die er habe entfalten können. Diese Abicht sei gescheitert, weil das Kriegsamt die Deputation nicht empfangen habe. — Abg. Legien: Der Metallarbeiterverband hat alles getan, den Streit zu beheben. Als das nicht gelang, nahm er die Leitung in die Hände. — Abg. Rieger (Nat.) findet, daß Dittmann nichts getan habe, um die Streitenden zur Rükkehr zur Arbeit zu veranlassen. — Abg. Graf Westarp nimmt nunmehr seinen Angriff gegen den Metallarbeiterverband zurück.

Militärfragen im Hauptauschuß.

Der Haushaltsauschuß des Reichstages trat am Dienstag wieder zusammen. Die Sozialdemokraten protestierten lebhaft gegen die Verzögerung der Tagung. In einer herartigen Zeit müsse es direkt Bestreben erregen, wenn der Reichstag in dieser Weise ausgefallt wird. In einer langen Geschäftsordnungsdebatte wurde dann der Arbeitsplan des Ausschusses besprochen, ohne daß man zur Aufstellung eines klaren Programms kam. Vor Eintritt in die Verhandlung machte der Kriegsminister vertrauliche Mitteilungen über die Vorgänge an der Westfront. Im Anschluß daran gab ein Vertreter des Kriegsministeriums Auskunft über die deutschen Verluste.

In der nunmehr fortgesetzten allgemeinen Aussprache setzte zunächst Abg. Davidsohn seine vor den Herren abgebrachte Rede fort. Er forderte vom Kriegsminister Auskunft über den Zweck der Verschärfung der Zensur, die insbesondere darin liegt, daß neuerdings alle zur Ausübung bestimmter Berufe und Ämter erforderliche Unterweisungen worden sind. Trotz aller gegenteiligen Versicherungen besteht die Tatsache, daß Juden in der Armee schlechter behandelt werden, als Ungläubige. Die weiteren Klagen des Redners bezogen sich auf Verpflegung und Behandlung. — Abg. Held (nat.) beklagt die zu gute Behandlung der Gefangenen und fordert größere Verschärfung der Landwirtsch. — Lehteres hat General Gröner z. während General Friedrich entschieden bestritten, daß die Gefangenen geradezu als Herrenleben führen könnten. Sie werden streng, aber gerecht behandelt. — Abg. Gehlke bedauert die mangelhafte Ausstattung der Kriegsmilitär über die Vorgänge im Westen gesprochen habe. Es müsse einmal Auskunft erteilt werden über den Stand unserer Sprengstoffproduktion. Redner kritisiert an der Hand reichhaltigen Materials das militärische Lieferungsweesen. Vielfach werden ganz enorme Zwischengewinne ermöglicht. Die Preise sind häufig zu hoch, die an die einzelnen Firmen gewährten Eigenschaftsberechtigungen verhältnismäßig unsummen, deren Berechtigung nicht anerkannt werden kann. Jetzt zeigen sich die Nachteile, die daraus entstehen, daß man die seit langer Jahren angestrebte Reform der Intendantur nicht durchgeführt hat. Das Leben der Offiziere im Felde entspricht durchaus nicht immer den Geboten der Einfachheit. Hier waren häufige Revisionen am Plage. Die weiteren Ausführungen des Redners bezogen sich insbesondere auf die Jurisdiktion der Juden. — Ein Vertreter der Selbstzeugenvereine gibt vertrauliche Auskünfte über die Durchführung des technischen Teiles des Hindenburgprogramms. Die Erzeugung von Sprengstoff-Munition hat jedenfalls einen ganz erheblichen Aufschwung genommen, wie auch die Produktion von Stahlfabrikat in ganz ungewöhnlicher Weise gesteigert werden ist. Die Schaffung von so hoher Preise erreicht werden, sei nicht zu erwarten. Eine bei der „Wunder“ eingeleitete Preisermäßigung sei unangebracht damit besetzt zu prüfen, ob die Preise angemessen sind. — General Gröner weist den Vorwurf zurück, daß die Heeresverwaltung rückständig sei. Um die Transportverhältnisse zu heben, werde die Eisenbahnbahn in ausgedehntem Maße herangezogen werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das preußische Abgeordnetenhaus.

Am heutigen Donnerstag keine Arbeiten wieder auf. Von größeren Vorlagen, die ihrer Erledigung harren, erwähnen wir das Wohnungsgesetz und das Bürgerrechtsgesetz sowie das Selbstkommunales, ferner das Schöpfungsgesetz und das Städtischkeitsgesetz. Die beiden letzteren sind bekanntlich vom Abgeordnetenhaus verabschiedet, aber das Herrenhaus hat seine Zustimmung noch nicht erteilt. Außerdem sind eine Reihe von Anträgen aus der Mitte des Hauses zur Beratung reif, unter welchen besonders der nationalliberale Antrag auf Befreiung der Hindenburgkinder vom Religionsunterricht und der fortschrittliche Antrag auf Wahl von Frauen als Mitglieder in preußische Deputationen allgemein interessieren dürften. Vor allem aber wird sich die Aufmerksamkeit auf die Erörterung innerpolitischer Angelegenheiten lenken. Es ist nicht anzunehmen, daß das Abgeordnetenhaus an der kaiserlichen Vorherrschaft agiles vorübergehen wird; aber Wahrscheinlichkeit nach wird es zu einer Selbstprüfung über die darin angeführten Reformen kommen. Es ist möglich, daß sich diese Selbstprüfung an die Beratung des nationalliberalen Antrages auf Reform des Herrenhauses knüpft.

Die militärischen Revisionen auf den Dörfern.

An den militärischen Nachprüfungen im Landkreise Köln hat sich mit Genehmigung des Regierungspräsidenten ein Redaktionskomitee unter der Leitung des Reichstages beteiligen. Es berichtet in der Rheinischen Zeitung, daß die Gesch. gründlich durchgesehen worden seien, jedoch habe man in den Bauernhöfen selbst nur kleinere Mengen Getreide beschlagnahmen können. Es sei daher immer von den Bauern alles richtig angegeben worden. Dagegen könne ein bester Land zu sein, größere Getreidemengen an dem Tage der Revision unter Strafe oder Mißverstand auf die Felder hinarbeiteten und sie am Abend zurückholen, wenn die Lust rein ist. Es wurden an einem Tage in einem Dorfe zwei beträchtliche Fässer Saathaler, Roggen und Weizen ermittelt. In dem einen Falle hatte der Bauer auch ein Hund Speck im Miß verpackt, obwohl der Fleck gar nicht eingenommen wird. Auf die Felder müssen also die Kommissionen besonders acht geben. In dem betrachteten Bauernhöfen waren gelähmte und gerahmte Fleischwaren genügend anzutreffen. Die Bauernhöfe, Familien und auch ihre Kühen seien jedesmal das Re-

jache der städtischen Fleischration. — Sehr große Mengen Getreide dürften jetzt nicht mehr zu ermitteln sein. Nach dem Urteil sachkundiger unparteilicher Mitglieder der Nachprüfungscommission muß die nächste Getreide-Ernte sofort nach dem Einbringen behördlich erfasst werden. Erforderlich ist dann ein Drescherhof für die Landwirte, Ausbruch durch militärische Kommandos und sofortige Beschlagnahme der abzulevernden Mengen. Sonst wird im nächsten Jahre derselbe Mangelstand vorhanden sein. Die verspäteten militärischen Nachforschungen erbittern die Landwirte stark und das Ergebnis ist am Schlusse des Erntejahres nicht mehr groß.

Eine offiziöse Erklärung zu den Kriegszielen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom Dienstagabend wendet sich in einer längeren Erklärung, die an der Spitze des Blattes Platz gefunden hat, gegen die von links und rechts an die Reichsleitung gekommene Forderung, die Reichsleitung möge im Kampf der Meinungen über die Kriegsziele Stellung nehmen. In der Erklärung heißt es unter anderem:

„Die Regierung hat das, was von ihr über die Kriegsziele gelangt werden kann, mitgeteilt und kann gegenwärtig keine weiteren Erklärungen geben. Sie wird, unbeirrt durch das Drängen von beiden Seiten, den Weg weiterschreiten, den ihr Gewissen und Verantwortung vor dem Lande vorschreiben. Ihre Aufgabe ist es, so bald als möglich den Krieg zu einem glücklichen Ende zu bringen. Dem stehen vor allem die wahnwitzigen Kriegszielorderungen unserer westlichen Feinde entgegen.“

Im weiteren wird auf Grund feindlicher Auslassungen näher dargelegt, wie wenig unsere Feinde zum Frieden geneigt sind. Schließlich wird gegenüber der Friedensfundgebung des sozialdemokratischen Parteiausschusses gesagt:

„Glauben die deutschen Sozialdemokraten, gegen diese Ideen unserer Feinde im Westen durch ihre Formulierungen aufzukommen? Sie werden Enttäuschungen erleben. Auch in Rußland, wo die Verhältnisse noch im Fluß sind, fehlt es keineswegs an Kriegszieläußerungen, in denen man den Einfluß der westlichen Bundesgenossen erkennt. Unsere Feinde sehen alles, was bei uns geschieht, daraufhin an, ob es zur Aufmunterung ihrer eigenen, schwer leidenden Bevölkerung ausgenutzt werden kann. Die Urheber der sozialdemokratischen Resolution haben dies bei ihrem Beschluß, durch den sie den Frieden fördern wollten, nicht mit in Rechnung eingestellt. Wenn nun aber in einem Berliner Blatt von einem Abgrund geschrieben wird, vor dem wir stehen und in den uns die sozialdemokratische Partei hineinreißen will, so kann diese Tonart nur Schaden anrichten. So stehen die Dinge in Deutschland nicht, und in solchem Licht soll man sie nicht vor dem Ausland erscheinen lassen. Eine starke, zum Siege führende Politik verlangt Einheit im Innern, und in dem festen Willen zu fester Verteidigung des Vaterlandes ist sie vorhanden.“

Wir können nicht behaupten, daß diese offiziöse Erklärung in Sachen der Stärke ist.

Ernährungsfragen.

Prämien für Kartoffel- und Gemüsebau.

Der Ausschuß der Kreisverwaltung Schöps a. M. hat zur Förderung des Anbaues von Kartoffeln und Gemüse besondere Anbaubehelfungen“ ausgesetzt. Die Prämie beträgt für jeden Morgen Kartoffeln im Rahmen der bisher angebotenen Morgensatz dreißig Mark, für jeden weiteren Morgen fünfzig Mark. Für jeden Morgen Gemüse im bisherigen Rahmen werden fünfzig Mark und für jeden weiteren Morgen Gemüse fünfzig Mark ausbezahlt. Für jeden Morgen Stroh- und Stoppelnboden beträgt die Prämie auf fünfzehn Mark. Die Prämien werden aber nur dann ausbezahlt, wenn der Erntertrag dem üblichen Durchschnittsertrag entspricht und wenn der geltende Ertrag der Anbaulänge dem Kreise Schöps zur Verfügung gestellt wird. — Traurig, daß mit solchen Mitteln gearbeitet werden muß!

Deutsche Kriegslisten.

Der Italiener Luigi Barzini schreibt über dieses Thema im „Corriere della Sera“ vom 13. ds. Mts.:

Die Alliierten haben einen letzten Sprung gemacht und stehen nun vor der Hindenburglinie. Die Kämpfe in diesen letzten Tagen waren von einer blutigen Heftigkeit. Es waren wahre Maschinengewehrschlachten am Rande der Dörfer und inmitten der Wälder. Um die engstehende Artillerie irrezuführen, hatten die Deutschen an verschiedenen Stellen Schützengräben und Drahtverhaue errichtet, die nur Kulisen waren. Sie lenkten das feindliche Feuer auf sich, während die wirklichen deutschen Linien unangeführt und geküßt in geschickt ausgehauenen Erdhöhlen dahinter lagen. Die Truppen, die hier zum Sturm voringen, waren schon dezimiert, ehe sie an den Feind kamen.

Zahllose Kriegslisten haben die Deutschen bei diesem Kämpfe ausgeheilt. Es bedarf schon einer teuflischen Phantasie, um zum Beispiel alle Gegenstände, die jemand des Ansehens für wert erachtet hätte, mit Sprengvorrichtungen zu versehen. Die verschiedenartigsten Dinge waren an Minen angeschlossen, die im Augenblick der Berührung explodierten, so Ofenrohre, Schupfen, Helme, aus den Häusern entnommene Gegenstände des täglichen Lebens, je selbst künstliche Blumen. Vieles sah so ein Ding ganz unschuldig aus: eine Spiralfeder und ein Stückchen Draht in einer gemächlichen Lösung.

Wird nun an der Hindenburglinie wieder der Schützengrabenkampf aufleben? Die Lage ist noch nicht klar, die Absichten des Feindes noch nicht zu erkennen. Seine Artillerie antwortet auf weißen Abständen: der Front fast gar nicht mehr. Versetzt sie sich, um den Angriff abzuwarten? Kommt sie auf irgend eine unvorsichtige Bewegung des Gegners, um plötzlich mit jäherlicher, unerwarteter Konzentration ihres Feuers zu überraschen? Oder ist sie weiter nach hinten gedrückt?

Die Schlacht nähert sich schon dem von Schützengräben eingezäunten Saint-Quentin, und noch weiß man nicht, ob der Feind die Stadt bis zum äußersten verteidigen oder sich auch hier zurückziehen wird. Nur das eine ist jedenfalls sicher, daß St. Quentin seinem Ende entgegengeht. Es ist eine Stadt im Todeskampf. Nichts kann sie mehr retten. Die Einwohner — es waren ihrer 50 000 — haben sie gerettet. In wenigen Wochen wird es nur noch ein Meer von Schlachtfeldern sein. Ueber ganzen Raubschwaden steigt noch ihre Silhouette empor, hier und da von Feuer umgibt. Zwei Glockentürme ragen hoch und spitz aus dem grauen Gewirr der Dächer auf. St. Quentin hat noch etwas Lebens, einen trostigen Sieg in seiner dunklen Masse, die sich zu vielmalig schon tragenden Wägen abdrückt. Aber

vielleicht schon morgen ist diese vom Tode gezeichnete Stadt nur noch eine Erinnerung, ein halb verwisches Bild im Gedächtnis der wenigen, die sie kannten.

Der Rauch anderer Brände verdunkelt den Horizont von allen Seiten. Die Zerstörung dauert an. Von Norden her grollt wie ein unheimliches Wetter der tiefe Donner der Kanonen vor Arras.“

Die russische Bastille.

Am 12. März haben die Petersburger Revolutionäre, wie die „Frant.“ Ztg. aus russischen Blättern entnimmt, die erst nach und nach alle Einzelheiten der stürmischen Zeit veröffentlichten können, die Festung Schlüsselburg am Ladoga-See zerstört.

Die alte Festung war ursprünglich von Groß-Norowgorod aus gegründet worden, um den strategisch wichtigen Punkt des Ausflusses der Newa aus dem Ladoga-See zu decken. Zu Anfang des 17. Jahrhunderts eroberten die Schweden nach harter Kämpfe die Insel Oreskovo, auf der die Feste liegt, und nannten sie Kötöborg. Hundert Jahre lang war sie der stärkste Stützpunkt der schwedischen Grenzfestung gegen Rußland, bis Peter der Große sie eroberte und neu befestigte. Da ihr Besitz ihm erst den Schlüssel zum Ausgang ans Finnische Meer gab, nannte er die neue Festung Schlüsselburg. Nach der Gründung von Petersburg, als dessen Hauptstadt vor der Mündung der Newa Kronstadt angelegt wurde, ging die strategische Bedeutung von Schlüsselburg zurück. Im 19. Jahrhundert wurde die Festung militärisch wertlos; die russischen Behörden fanden aber eine neue Verwendung, indem sie die alten Kasernen und Kasernen zum Zuchthaus umbauten. Die eigenartige Insel Schlüsselburgs, die ein Entweichen fast unmöglich macht, wird wohl der Hauptgrund dafür gewesen sein. Bald war die alte Festung zum „berühmtesten“ Gefängnis des Reichs geworden, weil man hier nur die schwersten Kriminalverbrecher und die wichtigsten politischen Gefangenen unterbrachte, für die selbst Sibirien nicht sicher und schwer genug erschien. So wurde die Schlüsselburg zur russischen Bastille, deren Geschichte einst den Jahrzehnte langen weißen Terror schildern wird, von dem Rußland erst jetzt freigeworden ist.

Als die Vertreter des Petersburger Arbeiterrats in Schlüsselburg erschienen, wagten die Gefängniswärter keinen Widerstand zu bieten. Zuerst wurden 58 politische Gefangene befreit, darunter der unschuldig verurteilte Abgeordnete der ersten Duma, Bjarnich, und sein Sohn, der an Händen und Füßen gefesselt war, obwohl das schwedische Wiederaufnahmeverfahren fast mit Sicherheit die Unschuld der ganzen Familie ergeben hätte. Nach einer kurzen Beratung beschloßen die Arbeitervertreter, auch die Kriminalverbrecher zu entlassen, weil man nicht wußte, was man mit ihnen anfangen sollte. Dann wurden aus der großen Pulverfabrik, die in dem auf festem Lande gelegenen Städtchen Schlüsselburg liegt, Fässer mit Benzin und Petroleum herbeigeschleppt und überall in dem alten Gefängnis verteilt. Eine furchtbare Flamme zerstörte dann das Schandmal der alten Herrschaft, von dem nur noch nackte verbrauchte Wände stehen blieben.

Aus Nah und Fern.

„Dienstboten“ und „Herrschafft“ im Weltkrieg.

Im „Vorwärts“ lesen wir: In gewissen Blättern, die ihren Ruhm und Sarkasmus durch die Verhöhnung Wehrloser zeigen, ist die Verhöhnung der Dienstboten ein altes Genre. So bringt auch jetzt wieder die „Deutsche Kriegszeitung“, das Abendblatt des „Berl. Lokalanzeigers“, unter der vielversprechenden Überschrift „Minna, die Vielumworbenen“ allerhand Geisteserzeugnisse über das Dienstmädchen in der Kriegszeit. Da finden wir auch folgenden Satz, in dem die Dienstboten — wiewohl reicher — der systematischen Unehrlichkeit mit Lebensmitteln bezichtigt werden: „Während sonst nämlich die Dienstmädchen Stellen gehen, bei einzelnen Leuten“, das heißt bei alleinstehenden Damen oder Ehepaaren, bevorzugen sie jetzt Vöiten bei großen, vielköpfigen Familien, natürlich nicht etwa weil dort die größere Arbeit last, sondern weil dort doch mehr Lebensmittel durch die größere Anzahl Karten zusammenkommen und daher nicht so auf jede Schmitze Brot und jede Kartoffel geachtet werden kann.“ Wir wissen nicht, woher der „Lokal-Anzeiger“ diese Kenntnisse bezieht. Aber, das wissen wir, daß unsfänglich in öffentlicher Gerichtsverhandlung zu Berlin folgender Tatbestand festgestellt wurde: Eine Dienstherrschafft als sich dauernd an den Lebensmittelfürkarten ihrer beiden Dienstboten satt, die ihre Feilschen sehen mußten, wo sie blieben. Infolge der Unterernährung und Gewichtsabnahme erkrankte die Köchin schwer. Wir stellen diese Tatsache den unbewiesenen Verdächtigungen des „Lokalanzeigers“ gegenüber und überlassen dem Leser das Urteil.

Einen „Mistfreier“ veröffentlicht das Amtsblatt der Stadt Geyer in Sachsen an der Spitze seiner Ausgabe vom 19. April, der wie folgt lautet: Wir brauchen Kohlen! Wir sind gezwungen, wegen Kohlenmangels das Erscheinen unseres Blattes einzustellen, falls sich nicht der eine oder der andere Leser unseres Blattes bereit findet, uns aus Gefälligkeit einige Zentner Kohlen gegen Kasse abzulassen. Das Nichterscheinen des Amtsblattes würde gerade in der jetzigen Zeit von der gesamten Einwohnerschaft sehr unangenehm empfunden werden. Wir bitten daher alle, denen es möglich ist, ein paar Zentner Kohlen abzugeben, uns baldigst zu benachrichtigen, damit wir die Kohlen abholen lassen können. Verlag des „Wochenblatt und Anzeiger.“

Ein Teufel sucht einen Engel. Der Kölner Stadt-Anzeiger bringt folgende Anzeige:

„Ein armer Teufel sucht einen reichen Engel. Bin 26 Jahre alt, fatig, und besitze einen tadellosen Charakter, höhere Schulbildung, mystikalisch. Wer will mich zwecks späterer Heirat? Nur ernstgemeinte Bewerberinnen wollen sich melden, möglichst mit Bild unter K. 114 an die Agentur Pantaleonsmühlengasse 4.“

Hoffentlich wird die Ehe zum Himmel und nicht zur Hölle werden.

Heiteres.

Der verrückte Kerl. Ich gehe mit Herrn Meier spazieren. Da begegnet uns sein alter Schulfreund und Statkollege Krause. Sie hegen sich beide fremd in die Augen und grüßen sich nicht. „Was ist vorgeschlagen?“ forscht ich, „seit wann seid ihr Unzertrennlichen böse miteinander?“ „Seit zwei Jahren!“ brummte Meier, „der verrückte Kerl wollte mit eintreden, daß der Krieg bis 1917 dauert!“

Der gute Freund. Kürzlich ließ beim Bezirkskommando A. ein anonymes Schreiben ein, in dem verlangt wurde, man solle den Gutsbesitzer C. unerzüglich einziehen, da er ein großer Drückerberger sei. Der Schluß des Schreibens lautete: „Meinen Namen kann ich leider nicht angeben, da ich zu gut mit ihm befreundet bin.“

Aus dem „Wahren Jacob“. Die kleine Portion. Wirt: „Ra, Schmidt's mein Herr?“ — Gast: „Den Wagen verdirbt man sich daran allerdings nicht, aber die Augen!“ — Optische Täuschung: „Sie, Ihr Mantel ist wohl schlecht gefüttert, der schlottert Ihnen so um den Leib.“ — „Sie irren sich gewaltig, ich bin schlecht gefüttert!“

Ein neuer Kriegskaffee wird demnächst in den Verkauf gebracht. Er heißt: „Nicht die Bohne!“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Samtlich in Lübeck.